

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

MEDWEDEWS SICHERHEITSPOLITISCHE KONZEPTION DAS TANDEM PUTIN-MEDWEDEW IN MEINUNGSUMFRAGEN

■ VON DER REDAKTION	
На дачу – in die Sommerpause	2
■ ANALYSE	
Medwedews Sicherheitspolitik: Eine vorläufige Einschätzung	2
Von Marcel de Haas, Den Haag	
■ ANALYSE	
Ein strategisches Sammelsurium.	
Medwedews »Strategie für die nationale Sicherheit Russlands bis zum Jahre 2020«	6
Von Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin	
■ UMFRAGE	
Russen im August 2008 über Russlands internationale Stellung	12
Die USA, die EU, die Ukraine, Georgien und Belarus in der russischen öffentlichen Meinung	15
Freunde und Feinde Russlands	17
Die internationale öffentliche Meinung über Russlands Ministerpräsident Wladimir Putin	18
■ UMFRAGE	
Das »Tandem Medwedew-Putin« in Meinungsumfragen	20
Wer hat die Macht im Land?	20
Rating russischer Politiker 2000–2009	21
Das Tandem »Medwedew-Putin« in den Umfragen des WZIOM	22
Die Hauptsorgen der russischen Bürger	26
Ratings von Präsident, Ministerpräsident und Regierung	27
■ CHRONIK	
Vom 18. Juni bis zum 2. Juli 2009	29
■ LESEHINWEIS	
Abstracts der Aufsätze in OSTEUROPA 6/2009 mit Russlandbezug	31



Von der Redaktion

На дачу – in die Sommerpause

Die »Russland-Analysen« machen im Juli und im August wie üblich Sommerpause. Es ist nun so gut wie sicher, dass sie nach der Sommerpause weiter erscheinen werden. Die nächste Nummer – Russland-Analysen 187 – erscheint am 10. September 2009. Vorerst wünschen wir unseren Lesern aber erholsame Ferien.

Die Russland-Analysen-Redaktion
Matthias Neumann, Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder

Analyse

Medwedews Sicherheitspolitik: Eine vorläufige Einschätzung

Von Marcel de Haas, Den Haag

Zusammenfassung

Präsident Medwedew ist seit mehr als einem Jahr im Amt, so dass dies ein passender Moment für eine vorläufige Einschätzung seiner externen Sicherheitspolitik anhand einer Analyse seiner wichtigsten sicherheitspolitischen Dokumente und Erklärungen ist. Im Juli 2008, einige Monate nach seiner Amtseinführung, veröffentlichte Medwedew sein erstes großes Sicherheitsdokument, das außenpolitische Konzept. Kurz nach dem russisch-georgischen Konflikt im August 2008 stellte Medwedew eine zweite sicherheitspolitische Initiative vor, diesmal in Form einer Erklärung wichtiger politischer Prinzipien. Im folgenden Monat, im September 2008, verabschiedete Putins Nachfolger eine spezielle Strategie für die Arktisregion. Und im Mai 2009 ratifizierte Präsident Medwedew Russlands erste Nationale Sicherheitsstrategie. Eine überarbeitete Fassung der russischen Militärdoktrin – neben der Strategie und dem außenpolitischen Konzept der dritte Pfeiler der »Troika« der sicherheitspolitischen Hierarchie des Landes – wird im Verlauf des Jahres 2009 erwartet.

Das außenpolitische Konzept vom Juli 2008

Am 12. Juli 2008 unterzeichnete Medwedew eine Neuauflage des außenpolitischen Konzeptes und veröffentlichte damit sein erstes Sicherheitsdokument als Präsident. Die hervorstechenden Punkte in diesem Dokument behandeln den internationalen Status Russlands, euro-atlantische Sicherheitsstrukturen und die (sicherheitspolitische) Kooperation mit östlichen Akteuren. Die internationale Position Russlands beschreibt das außenpolitische Konzept als die einer Großmacht mit einer vollständig entwickelten Rolle in globalen Angelegenheiten und als ein zentraler Pol der modernen Welt. Aufgrund seines wieder entstehenden Status einer »Groß- oder »Super«macht nimmt Russland für sich in Anspruch, auf internationale Entwicklungen beträchtlichen Einfluss auszuüben. Mit der Betonung seiner starken internationalen Position machte das außenpolitische Konzept gleichzeitig klar, dass Russland die Rechte und legitimen Interessen seiner Bürger im In- und auch im Ausland schützen wird.

In Hinblick auf die euro-atlantische Sicherheit beschrieb das außenpolitische Konzept den Willen Moskaus, ein anderes kollektives System für Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region zu schaffen als das gegenwärtig vom Westen installierte und bekräftigte gleichzeitig die Einheit der euro-atlantischen Region. Darüber hinaus wies es eine erneute Erweiterung der NATO zurück, vor allem im Fall der Ukraine und Georgiens. Das Dokument wiederholte außerdem die Moskauer Ablehnung des geplanten US-Raketenabwehrschildes in Europa.

Starke Betonung legte das Konzept auf den Osten: Es kündigte eine Verstärkung seines Engagements innerhalb der russisch-indisch-chinesischen Troika an, stärkere bilaterale Beziehungen zu China und Indien und eine Vertiefung der russisch-chinesischen strategischen Partnerschaft. Außerdem erwähnte das außenpolitische Konzept explizit die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (Collective Security Treaty Organization, CSTO) – eine militärische Allianz von sieben

GUS-Staaten unter russischer Führung – als Schlüsselement zum Erhalt von Stabilität und zur Gewährleistung von Sicherheit in der GUS. Es bezog sich zudem auf die Rolle der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (Shanghai Cooperation Organization, SCO) – eine politische, ökonomische und sicherheitspolitische Gruppierung bestehend aus Russland, China und vier zentralasiatischen GUS-Staaten – bei der Schaffung eines Partnerschaftsnetzwerks in der asiatisch-pazifischen Region.

Das außenpolitische Konzept legte die aktuellen politischen Prioritäten Moskaus deutlich dar. Es betonte, Russland habe seinen internationalen Status wiedererlangt und verfolge eigene nationale Interessen, statt von den Wünschen anderer Akteure beeinflusst zu werden. Diese Feststellung wiederholte Aussagen aus Putins Sicherheitsdokumenten von 2007 und 2008. Auch der russisch-georgische Konflikt im August 2008 kann als politische Aktion, in der sich diese Sichtweisen widerspiegeln, betrachtet werden. Die Zurückweisung westlicher Sicherheitsaktionen – wie etwa die bestehende euroatlantische Sicherheitsarchitektur, die NATO-Erweiterung und die US-Raketenabwehr – ist in der späten Phase von Putins zweiter Amtszeit Teil der russischen Sicherheitspolitik geworden; Medwedew lancierte den Vorschlag einer neuen euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur im Juni 2008. Die Betonung von Partnern im Osten – Staaten und Organisationen – fiel zusammen mit Moskaus engeren Verbindungen zu China und dem in den letzten Jahren stattgefundenen Ausbau der von CSTO und SCO von einem Vertrag beziehungsweise einer Gruppierung zu vollständig entwickelten Organisationen.

Das außenpolitische Konzept widmete dem Thema Energie ein beträchtliches Maß an Aufmerksamkeit, und zwar sowohl in Bezug auf Sicherheit als auch auf Ressourcen. Auch dies bedeutet Kontinuität mit Äußerungen Putins aus den Jahren 2007 und 2008. Da Moskau in der Lage ist, große Mengen Energie zu produzieren und diese Fähigkeit als Machtinstrument einsetzt – besonders während der Gaskonflikte mit der Ukraine – sind Energiefragen zu einem festen Bestandteil des Moskauer Nachdenkens über Sicherheit geworden.

Ein weiterer struktureller Aspekt der Denkweise des Kremls in Sachen Sicherheit, der im außenpolitischen Konzept zum Ausdruck kam, ist die Bedeutung, die aus dem Umstand Nuklearmacht zu sein, resultiert. Das Dokument erwähnte mehrfach die Wichtigkeit der strategischen nuklearen Abschreckung, vermerkte jedoch auch die Option von Verhandlungen zur Reduzierung der Nuklearwaffen.

Indem dieses Dokument einerseits stärkere Verbindungen zu Indien, China, CSTO und SCO und andererseits die Ablehnung der gegenwärtigen (westlich orientierten) europäischen Sicherheitsstruktur betont, vermittelt es insgesamt den Eindruck, Russlands Interesse an der Suche nach Sicherheitsarrangements verlagere sich von West nach Ost.

Die außen- und sicherheitspolitischen Prinzipien vom August 2008

Kurz nach dem russisch-georgischen Konflikt legte Präsident Medwedew in einem Fernsehinterview am 31. August seine Sicht auf die Außen- und Sicherheitspolitik ausführlicher dar, und stellte dazu fünf Prinzipien vor, an denen sich russische Aktionen aller Voraussicht nach orientieren würden:

- Internationales Recht muss Priorität haben;
- Das US-dominierte unipolare System soll von Multipolarität abgelöst werden;
- Russland hat kein Interesse daran, sich zu isolieren und strebt freundschaftliche Beziehungen auch mit dem Westen an;
- Russland sieht es als Priorität an, Russen zu schützen, wo immer sich diese befinden;
- Russland wird auf jeden aggressiven Akt gegenüber seinen Bürgern oder Russland reagieren;
- Russland hat in bestimmten Regionen privilegierte Interessen.

Die militärischen Aktionen Russlands in Georgien färbten die westlichen Reaktionen auf Medwedews Prinzipien. Da Russland gerade nicht nur in die abtrünnigen Regionen Abchasien und Südossetien sondern auch in das eigentliche Georgien einmarschiert war, bezweifelten Kritiker die russische Verbindlichkeit gegenüber dem Primat des internationalen Rechts. Die Unzufriedenheit Russlands mit dem unipolaren System und der US-Politik genauso wie die Feststellung, Russen im Ausland Schutz zu gewähren, sind traditionelle Aussagen russischen Denkens in Punkto Sicherheit. Im Licht des russischen Konflikts mit Georgien erhielt der Bezug auf den Schutz russischer Minderheiten jedoch eine neue Konnotation. Russland rechtfertigte seinen Militäreinsatz in den abtrünnigen georgischen Regionen mit der Behauptung, dieser sei zum Schutz der russischen Minderheit in Südossetien notwendig gewesen. Folgerichtig und entsprechend der Präsenz russischer Minderheiten auf ihrem Territorium betrachteten Estland und Lettland Medwedews Äußerungen als Bedrohung. Teilweise umstritten war die Geltendmachung der »privilegierten Interessen« durch Russland, vor allem mit Blick auf Georgien und die Ukraine; sie betonte die russische

Sichtweise, der zufolge das Gebiet der früheren Sowjetunion die eigene Einflussosphäre darstelle, aus der sich der Westen heraushalten solle.

Die Nationale Sicherheitsstrategie bis 2020 vom Mai 2009

Am 12. Mai 2009 unterzeichnete Medwedew ein Dekret, das die »Nationale Sicherheitsstrategie der russischen Föderation bis 2020« verabschiedete. Die Sicherheitsstrategie ersetzte die Nationalen Sicherheitskonzepte von 1997 (Jelzin) und 2000 (Putin). Sie versteht Sicherheit in einem weiten Sinn und beinhaltet Kapitel zu Entwicklungen im Bereich internationaler Sicherheit, nationaler Interessen, Prioritäten und Bedrohungen und garantiert nationale Sicherheit im Bereich militärischer Sicherheit und Verteidigung sowie soziale Sicherheit, Wohlfahrtsfürsorge, Ökonomie, wissenschaftlich-technologische Bildung, Gesundheitsversorgung, Kulturförderung und Umweltschutz.

Als nationale Interessen listete das Dokument Verteidigung sowie staatliche und soziale Sicherheit als erste Prioritäten Russlands auf, gefolgt von sozialen und ökonomischen Belangen wie der Steigerung der Lebensqualität und Wirtschaftswachstum. Laut Nationaler Sicherheitsstrategie hängt die Fähigkeit Russlands, seine nationale Sicherheit zu verteidigen in erster Linie vom ökonomischen Potential des Landes ab.

Für den militärischen Bereich betonte das Papier, dass ein Gleichgewicht der strategischen Nuklearwaffen mit den USA erreicht oder erhalten werden solle. Darüber hinaus erklärte es, Russland solle sich zu einer globalen Macht entwickeln, nachdem es bereits eine führende Kraft bei der Beeinflussung weltweiter Prozesse sei. Ein weiteres Interesse galt dem Schutz russischer Bürger im so genannten »nahen Ausland«.

Die Sicherheitsstrategie betonte die Interdependenz von ziviler Stabilität und nationaler Sicherheit indem sie feststellte, sozioökonomische Entwicklung sei genauso wichtig wie militärische Sicherheit. Eine hoch ambitionierte ökonomische Zielsetzung der Strategie ist es, die weltweit fünftgrößte Ökonomie gemessen am Bruttoinlandsprodukt zu werden (Russland war 2008 laut IWF und CIAWorld Factbook auf Platz acht).

Traditionell ist ein zentrales Element russischer Strategiepapiere das Gefühl der Bedrohung. Was diese Bedrohungen angeht, verwies Medwedews Strategiepapier auf die Politik einer großen Zahl von führenden Ländern, die militärische Überlegenheit im Aufbau strategischer nuklearer und konventioneller Waffen suchen und unilateral Raketenabwehrsysteme entwickeln sowie Gegenden militarisieren, die ein neues Wettrüsten aus-

lösen könnten. Weitere Bedrohungen sind die »Expansion der NATO in der Nähe der russischen Grenzen« sowie Versuche, der Militärallianz eine globale Rolle zuzusprechen. Die Nichterfüllung internationaler Waffenkontrollabkommen stellt eine weitere Bedrohung dar. Energiesicherheit wurde nun ebenfalls als Bedrohung angeführt, begründet durch die Feststellung, der Wettbewerb um Energieressourcen könnte Spannungen hervorrufen, die im Einsatz militärischer Gewalt in der Nähe der russischen Grenzen oder der Grenzen seiner Verbündeten eskalieren könnten. Zusätzlich zu äußeren Bedrohungen führte das Dokument Gefahren im eigenen Land wie demographische Probleme, Armut, ungenügende Gesundheitsversorgung, Terrorismus, Separatismus, radikale und extremistische Strömungen, das organisierte Verbrechen, Korruption und die Gefahr weltweiter Pandemien an.

Insgesamt demonstrierte die Nationale Sicherheitsstrategie eine ausgewogene Herangehensweise an die gesamte Bandbreite der Dimensionen von Sicherheit. Ihre auswärtige und militärische Dimension nahm sieben seiner 16 Seiten in Anspruch. Die übrigen Seiten behandelten andere und vor allem inländische Sicherheitsbelange. Die Strategie ist also mehr als ein Dokument, das sich einfach nur an militärischen Fragen orientiert. An dem Punkt, an dem es jedoch Bedrohungen der Sicherheit von außen behandelte, spiegelte sich in dem Übergewicht der (militärischen) Bedrohung aus dem Westen die traditionelle russische Einstellung in Sicherheitsfragen wider – Ängste, das Land sei von Feinden umgeben und die daraus resultierende Notwendigkeit, Verbündete zu suchen und Pufferzonen gegen diese Gefahren zu schaffen.

Die Sicherheitsstrategie führt eine Vielzahl von Zielen an, die bezüglich sämtlicher Dimensionen von Sicherheit erreicht werden sollen; ob dies geschieht, wird sich erst noch zeigen. Die Strategie benennt jedoch als erstes Sicherheitsdokument eine Anzahl von Indikatoren wie Wirtschaftswachstum, Arbeitslosenrate und Niveau militärischer Modernisierung. Werden diese Indikatoren überwacht und die Politik entsprechend ausgerichtet, sind die Chancen, die Ziele zu erreichen, besser als ohne die Schaffung solcher Messlatten.

Genauso wie Putins Nationales Sicherheitskonzept aus dem Jahr 2000 Themen reflektierte, die durch den Kosovo-Konflikt von 1999 entstanden waren, zeigte auch die Nationale Sicherheitsstrategie Prioritäten der gegenwärtigen Politik aus. Am wichtigsten war dabei der Wunsch, Russland solle sich in eine globale Macht verwandeln. Dieses Bestreben stellte deutlich eine Fortsetzung des Denkens der letzten Jahre von Putins Präsi-

deutschaft dar. In dieser Zeit behaupteten russische Führungspersonen, andere Länder könnten die russischen Interessen nicht länger ignorieren, da Russland einen großen Teil seines verlorenen Status wiedererlangt habe. Weitere kontinuierlich beibehaltene Positionen russischer strategischer Politik waren die Ablehnung einer erneuten NATO-Erweiterung und des US-Raketenabwehrschields in Europa, Bestrebungen, eine neue europäische Sicherheitsarchitektur voranzutreiben und die Betonung der Notwendigkeit einer Modernisierung der russischen Streitkräfte. Ein weiterer wesentlicher wiederkehrender politischer Punkt war der Schutz der russischen Bürger im »nahen Ausland«, der von Moskau verwendet wurde, um seinen Einmarsch in Georgien im August 2008 zu rechtfertigen. Der Bezug der Nationalen Sicherheitsstrategie auf die Bedeutung der russischen Militärkontingente, die in Konfliktzonen internationale Stabilität beförderten, war wahrscheinlich auch auf Abchasien und Südossetien gemünzt.

Das Thema Energie hat im russischen Sicherheitsdiskurs seit Putins zweiter Amtszeit als Präsident an Gewicht gewonnen. Bezeichnend für die zentrale Bedeutung, die Energiefragen (Ressourcen und Sicherheit) zugemessen wird, ist, dass die Sicherheitsstrategie das Thema mehr als fünf Mal behandelte, und zwar in den Kapiteln »Russland in der Weltwirtschaft«, »Nationale Verteidigung«, »Anhebung des Lebensstandards« und »Wirtschaftswachstum«. Das Strategiepapier beschrieb Energie als Machtinstrument, das den Moskauer Einfluss auf internationalem Parkett stärkte und als Ressource, die zur strategischen Abschreckung eingesetzt werden kann. Letzteres war möglicherweise ein Hinweis auf die Politik des Energieversorgungsstopps zu ökonomischen aber auch zu politischen Zwecken gegenüber Belarus beziehungsweise der Ukraine, wie im Januar 2009 wieder demonstriert wurde. Die Nationale Sicherheitsstrategie beschrieb Energie nicht nur als Machtinstrument, sondern auch als ein strategisches Moment von Sicherheit. Sie stellte fest, dass die zunehmend knapper werdenden Energieressourcen zur Bedrohung werden können, wenn energiearme Staaten versuchen, Kontrolle über Objekte zu gewinnen, die energiereiche Staaten wie Russland in der Hand haben. Dadurch könnten bewaffnete Konflikte entstehen. Neben Zentralasien und dem Kaspischen Meer wurde die Arktis als wichtigste Energiequelle bezeichnet. Dieser Ansatz korrespondierte mit der von Medwedew im September 2008 bekräftigten Arktisstrategie des Kremls für 2020 und darüber hinaus.

Laut Sicherheitsstrategie kommen die zentralen militärischen Bedrohungen aus dem Westen, also von den

USA und der NATO. Der Bezug auf die Nichterfüllung internationaler Waffenkontrollabkommen meinte wahrscheinlich die einseitige Aufhebung des Anti-Ballistic Missile Treaty (ABM) durch die USA im Jahr 2002 sowie die Weigerung der NATO-Mitgliedstaaten, den Adapted Conventional Forces in Europe Treaty (CFE) von 1999 zu ratifizieren, was Russland im Dezember 2007 dazu veranlasst hat, diesen Vertrag vorläufig außer Kraft zu setzen.

Die Aussagen der Sicherheitsstrategie zu Nuklearwaffen waren ambivalent. Auf der einen Seite betonte Russland die Modernisierung seiner strategischen nuklearen Abschreckung, wahrscheinlich um ein Gegengewicht zu seinen schwachen konventionellen Streitkräften zu schaffen und seine Position als Supermacht zu unterstreichen. Das Strategiepapier konzentrierte sich also auf den Erhalt eines nuklearen Gleichgewichts mit den USA – als Antwort auf deren Raketenabwehrschild in Europa und eine vermutete US-Nuklearschlagdoktrin. Auf der anderen Seite schlägt die russische Sicherheitsstrategie auch nukleare Abrüstung vor. Da ein Großteil der russischen nuklearen Abschreckung veraltet ist, zielten die im Mai 2009 mit den USA aufgenommenen Gespräche über eine Reduzierung der Nuklearwaffen höchstwahrscheinlich auf eine Zerstörung der überholten Nuklearwaffen und die Beibehaltung der modernen ab.

Resümee

Im Laufe seines ersten Amtsjahrs stellte Präsident Medwedew drei grundsätzliche Erklärungen zur Sicherheitspolitik vor: das außenpolitische Konzept, eine Erklärung über Schlüsselprinzipien der Politik und die Nationale Sicherheitsstrategie. Vergleichend lässt sich feststellen, dass sie sich alle ähneln. Erstens betonen alle eine multipolare Welt, die sich an internationalem Recht orientiert und nicht unilateral durch die USA dominiert wird. Zweitens führen alle drei Russlands Willen zur Kooperation und zu freundschaftlichen Beziehungen mit allen Ländern einschließlich des Westens an. Drittens unterstreichen alle Sicherheitsentwürfe den Schutz russischer Landsleute im Ausland als politische Priorität. Und viertens stellen alle Pläne – ob offen oder verdeckt über andere Punkte – fest, dass Russland in bestimmten Regionen wie dem Gebiet der früheren Sowjetunion privilegierte Interessen hat.

Während Medwedews Erklärung vom August 2008 sich darauf beschränkte, politische Prinzipien zu benennen, erläuterten das außenpolitische Konzept und die Nationale Sicherheitsstrategie politische Programme im Detail. Folgende politischen Prioritäten führten beide übereinstimmend an: Russlands Rückkehr zum Status

einer Großmacht, die in der Lage ist, internationale Entwicklungen zu beeinflussen; Interessen als Ausgangspunkt von Außen- und Sicherheitspolitik; die Ablehnung westlicher Sicherheitsprogramme, wie die derzeitige euro-atlantische Sicherheitsarchitektur, die NATO-Expansion und den US-Raketenabwehrschild; die Betonung der Partner im Osten (China, Indien, CSTO und SCO); Energie als Machtinstrument und strategisches Objekt; nukleare Bewaffnung als Absicherung des russischen Großmachtstatus.

Eine weitere Schlussfolgerung ist, dass Hauptbestandteile der Medwedew'schen Sicherheitsinitiativen zu weiten Teilen sicherheitspolitische Dokumente Putins von 2007 und 2008 widerspiegeln. Medwedew's Außen- und Sicherheitspolitik führt also bisher keine neue Denk-

weise in den russischen Diskurs über Sicherheit ein, sondern setzt die seines Vorgängers Putin fort.

Wie soll der Westen auf die Moskauer Politik antworten? Um zwischen Russland und dem Westen nachhaltig »auf Reset zu schalten« müssen die USA und Europa ihre Gespräche mit dem Kreml ausbauen und die vermeintlichen Drohungen des Westens gegenüber Russland mit offiziellen russischen Vertretern öffentlich diskutieren. Den Kreml dazu zu bewegen, seine Nullsummen-Sicherheitspolitik aus dem 19. Jahrhundert aufzugeben und den Realitäten des 21. Jahrhunderts zu begegnen, ist die große Herausforderung, die vor der westlichen Politik liegt.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Oberst-Leutnant Dr. Marcel de Haas ist Senior Research Fellow am Netherlands Institute of International Relations »Clingendael« in Den Haag <http://www.clingendael.nl/>. Der vorliegende Artikel entstammt teilweise seinem Buch *Russia's Foreign Security Policy of Putin, Medvedev and Beyond*, das voraussichtlich im Februar 2010 bei Routledge veröffentlicht wird.

Analyse

Ein strategisches Sammelsurium.

Medwedew's »Strategie für die nationale Sicherheit Russlands bis zum Jahre 2020«

Von Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin

Zusammenfassung

Die russische Führung hat im Mai eine neue nationale Sicherheitsstrategie vorgelegt. In der neuen Strategie definiert sich Russland selbstbewusst als Großmacht. Als »Schlüsselsubjekt der sich herausbildenden multipolaren internationalen Beziehungen« will Russland ungeachtet seiner geringen Wirtschaftskraft neben den USA, China und anderen Großmächten eine bestimmende Rolle spielen. Allerdings ist es den Autoren der »Strategie 2020« nicht gelungen, eine geschlossene Bedrohungsvorstellung zu formulieren. Klassische sowjetische Feindbilderperzeptionen stehen unverbunden neben Vorstellungen, die die Risiken der Globalisierung betonen. Die Mängel des Papiers erlauben Rückschlüsse auf die Durchsetzungsfähigkeit der Medwedew-Administration. Der Präsident war offenbar nicht in der Lage, den Diskussionsprozess über das sicherheitspolitische Konzept zu kontrollieren, die Positionen der beteiligten Behörden zu vereinheitlichen und in eine schlüssige sicherheitspolitische Strategie zu integrieren.

Das Grunddilemma russischer Außenpolitik

Die außen- und sicherheitspolitische Lage der Russische Föderation ist nicht beneidenswert. Ohne verlässliche, leistungsstarke Bündnispartner, mit einer Wirtschaftskraft, die gerade der Frankreichs entspricht und einem durchschnittlichen Lebensstandard, der deutlich unter

europäischen Standards liegt, muss das Land die Kraft finden, ein riesiges Territorium und überlange Grenzen zu sichern, die Gewaltkonflikte im Nordkaukasus zu beenden und das nuklearstrategische Gleichgewicht mit den USA aufrechtzuerhalten. Zugleich will die russische Führung im postsowjetischen Raum als Ord-

nungsmacht und international als Großmacht auftreten. Russlands wirtschaftliche, militärische und politische Ressourcen reichen kaum aus, um die umfangreichen Sicherungsaufgaben erfolgreich zu lösen und darüber hinaus glaubhaft eine internationale Rolle zu spielen. In diesem Missverhältnis von Anspruch und Potential liegt das Grundproblem, mit dem die russische Außen- und Sicherheitspolitik konfrontiert ist. Die internationale Finanzkrise und der Absturz der Energiepreise, die Russlands Wirtschaft schwer belasten, haben dieses Dilemma nur noch deutlicher gemacht.

Die Anforderungen an die russische Außen- und Sicherheitspolitik sind hoch. Es bedarf einer klaren Lageanalyse, einer intelligenten Strategie und einer kunstreichen Diplomatie, um angesichts aller ökonomischen und politischen Widrigkeiten die gesteckten Ziele zu erreichen. Wie die russische Führung die Situation wahrnimmt und was ihre außen- und sicherheitspolitischen Ziele sind, formuliert sie traditionell in programmatischen Dokumenten, zu denen z. B. die Konzeption nationaler Sicherheit vom 17.12.1997 (überarbeitet am 10.1.2000), die Militärdoktrin vom 21.4.2000 und die außenpolitische Konzeption vom 15.7.2008 gehören. Im Mai hat die Medwedew-Administration eine neue Fassung der Sicherheitskonzeption vorgelegt, die »Strategie für die nationale Sicherheit Russlands bis zum Jahre 2020«. Dieses bemerkenswerte Dokument ermöglicht in zweierlei Hinsicht einen genaueren Blick auf russische Sicherheitspolitik: zum einen ist an ihr ablesbar, wie die russische Führung mit dem Missverhältnis von Zielen und Ressourcen umgeht, zum anderen wird erkennbar, wie die sicherheitspolitische Debatte geführt wird, und wieweit der neue Präsident und seine Mitarbeiter in der Lage sind, rivalisierende Behörden und die widerstreitenden Kräfte in der politischen Führung, die von Sicherheit ganz unterschiedliche Auffassungen haben, zu koordinieren und auf eine gemeinsame Politik festzulegen.

Der Weg zur »Strategie 2020«

Eine nationale Sicherheitsstrategie ist, so die gängige russische Definition, das offiziell anerkannte System strategischer Prioritäten und Maßnahmen auf dem Feld der inneren und auswärtigen Politik, das auf lange Sicht die nationale Sicherheit und die nachhaltige Entwicklung des Staates gewährleistet. Sie wird schriftlich niedergelegt, vom Staatsoberhaupt, also Präsident Medwedew, genehmigt und hat für die gesamte Exekutive Direktivcharakter.

Die Arbeiten an der neuen Strategie begannen im Jahre 2004 auf Anweisung des damaligen Präsi-

den Wladimir Putin. Doch sie kamen offenbar nicht vom Fleck. Bis zum Ende von Putins Amtszeit war die Diskussion über die sicherheitspolitische Diskussion kein öffentliches Thema. Die Gründe dafür sind nicht bekannt. Es könnte sein, dass der Sicherheitsrat in der Amtszeit Igor Iwanows, des ehemaligen Außenministers, der vom April 2004 bis Juli 2007 als Sekretär des Sicherheitsrates fungierte, an Gewicht einbüßte und seine Initiativen deshalb von den »Machtstrukturen« – Verteidigungsministerium, Innenministerium und Geheimdiensten – nicht ernst genommen wurden. Nachdem Iwanow im Juli 2007 zurückgetreten war, wurde seine Position zunächst nicht wiederbesetzt – ein weiteres Indiz, dass man dem Rat in der zweiten Amtszeit Putins keine große Bedeutung zumaß. Die laufenden Geschäfte übernahm Iwanows Stellvertreter Valentin Sobolew. Erst im Mai 2008, nach der Wahl Medwedews zum Präsidenten, ernannte dieser einen neuen Sekretär des Sicherheitsrates, und zwar Nikolaj Patruschew, bis zur Regierungsumbildung Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB.

Neuanfang unter Medwedew

Im Juni 2008 ordnete Präsident Medwedew die Wiederaufnahme der Arbeiten an der Sicherheitsstrategie an. Die Aufgabe wurde einer interministeriellen Arbeitsgruppe beim Sicherheitsrat übertragen, der Vertreter der Regierung, des Präsidialapparates, der Präsidialbevollmächtigten in den Föderalbezirken, der Akademie der Wissenschaften und großer Wirtschaftsunternehmen sowie Einzelexperten angehörten. Parallel hatte die Regierung, an deren Spitze nun Wladimir Putin stand, begonnen, eine »Konzeption für die langfristige sozioökonomische Entwicklung bis zum Jahre 2020« zu formulieren. Ihr Papier, das sich mit Fragen der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft befasste, wurde im Herbst 2008 fertig gestellt und am 17. November von Ministerpräsident Wladimir Putin durch Erlass in Kraft gesetzt.

Indessen durchlief der Entwurf für die Sicherheitsstrategie einen komplexen Abstimmungsprozess und eine Reihe von Prüfungsinstanzen. Der wissenschaftliche Beirat des Sicherheitsrates diskutierte Ansatz und Methoden des Papiers, die danach vom Präsidenten gebilligt wurden. Ein Entwurf, der auf dieser Basis erarbeitet wurde, wurde seit Herbst 2008 mit den Mitgliedern des Sicherheitsrates abgestimmt, d. h. mit dem Ministerpräsidenten, dem Leiter der Präsidialadministration, den Ministern für Verteidigung, Inneres und Auswärtiges, den Vertretern beider Häuser des Parlaments sowie den Chefs des Inlandsgeheimdienstes und der Auslandsaufklärung. Es wurde darüber hinaus in

bei den Leitern aller Föderalbezirke erörtert. An diesen regionalen Beratungen nahmen auch die Gouverneure und die Vorsitzenden der regionalen Parlamente teil. Das Papier wurde schließlich auch im Präsidium der Akademie der Wissenschaften behandelt. Offenbar wollte man einen breiten Konsens herstellen. Und möglicherweise wollte die Medwedew-Administration durch Einbeziehung von regionalen Eliten, Unternehmern und Wissenschaftlern verhindern, dass die neue Sicherheitsstrategie zu stark auf militärische und geheimdienstliche Interessen fokussiert war.

Anfang Februar 2009 hieß es in den russischen Medien, das Konzept sei »praktisch fertig«. Am 24. März wurde dem Sicherheitsrat ein Entwurf vorgelegt, der dann aber nicht verabschiedet wurde. Man einigte sich, die endgültige Beschlussfassung um einen Monat zu verschieben. Über die Gründe für diesen Aufschub waren mehrere Versionen in Umlauf. Offiziell hieß es, es handele sich nur um eine »technische« Überarbeitung. Doch Nikolaj Patruschew, der Sekretär des Sicherheitsrats, erklärte, es seien eine Reihe neuer, teilweise widersprüchlicher Änderungsvorschläge vorgebracht worden. Ein Mitarbeiter der Präsidialverwaltung, erklärte den Aufschub damit, dass noch einmal geprüft werden solle, ob sich aus der internationalen Finanzkrise zusätzliche Risiken für Russland ergäben. Russische Medien verbreiteten die Version, dass Präsident Medwedew die Strategie bewusst bis nach seinem Treffen mit US-Präsident Barack Obama Anfang April zurückhalten wollte, um Klarheit über die Entwicklung der Beziehungen zu den USA zu gewinnen. Welche Version nun der Wahrheit auch immer am nächsten kommt, die widerstreitenden Äußerungen zeugen von einer Vielstimmigkeit des Redaktionsprozesses und von schlechter Koordination. Anscheinend war es bis zum 24. März 2009 nicht gelungen, die Auffassungsunterschiede der Ressorts zu bereinigen, und die Akteure auf ein gemeinsames Konzept festzulegen. Am 24. April wurde der Entwurf dann nach einer Überarbeitung im Sicherheitsrat verabschiedet und dem Präsidenten zugeleitet. Dieser setzte die »Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis 2020« am 12. Mai per Erlass in Kraft. Sie stellt nunmehr einen sicherheitspolitischen Rahmen dar, der durch eine Reihe weiterer sicherheitspolitischer Konzepte ausgefüllt und präzisiert werden soll.

Ein »Schlüsselsubjekt der multipolaren Beziehungen«

Inhaltlich formuliert die »Strategie 2020« noch einmal den Anspruch Russlands auf eine führende internationale Rolle.

Selbstbewusst beginnt das Dokument mit der Feststellung: »Russland hat die Folgen der politischen und sozioökonomischen Systemkrise am Ende des 20. Jahrhunderts überwunden ...« Nationalismus, Separatismus und internationalen Terrorismus, heißt es, habe man abgewehrt, Souveränität und territoriale Integrität gewahrt, die Möglichkeiten zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit und zu Verteidigung der nationalen Interessen. Die »Strategie 2020« präsentiert also ein Russland, das die innere Krise überwunden hat, wirtschaftlich erstarkt ist und einen Platz im Kreis der anderen Großmächte einfordert.

Zugleich konstatiert das Dokument eine qualitativ neue geopolitische Situation, die entstanden ist, nachdem neue Zentren ökonomischen Wachstums und politischen Einflusses hervorgetreten sind. Zu ihnen zählt sich auch Russland als eine führende, international konkurrenzfähige Volkswirtschaft, mit einem leistungsfähigen Rüstungssektor, großem Ressourcenpotential und einer pragmatischen Politik als ein »Schlüsselsubjekt der sich herausbildenden multipolaren internationalen Beziehungen«.

Zur Verteidigung seiner nationalen Interessen will Russland zunächst auf internationales Recht und die internationalen Organisationen setzen. Die UNO und der Sicherheitsrat, in dem Russland ständiges Mitglied ist, gelten der »Strategie 2020« als zentrales Element einer stabilen Weltordnung. Respekt, Gleichberechtigung und Zusammenarbeit bei der zivilisierten Konfliktlösung sollen deren Grundlage bilden. Auch nicht-formalisierte Institutionen wie G-8, G-20, RIC (Russland, Indien, China) und BRIC (Brasilien, Russland, Indien, China) sollen stärker genutzt werden.

In der unmittelbaren Nachbarschaft setzt Russland auf multilaterale und bilaterale Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), die sie durch weitere regionale Strukturen wie die Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit (Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan, Belarus, Usbekistan) und die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (Mitglieder: Kasachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan, Belarus; Beobachter: Armenien, Moldawien, Ukraine) stärker vernetzen will. Die »Strategie 2020« macht deutlich, dass Russland der Integration des postsowjetischen Raumes Priorität einräumt, wohl auch mit dem Ziel, die eigene Interessensphäre sicherheitspolitisch und wirtschaftlich durchzugliedern. In der »Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit«, die neben den zentralasiatischen Staaten auch China einbezieht, wird ein wichtiger politischer Faktor für die Stabilisierung Zentralasiens gesehen.

Die Europäische Union figuriert in der »Strategie 2020« als ein Partner, mit dem man langfristig auf allen Gebieten – Wirtschaft, innere und äußere Sicherheit, Bildung, Wissenschaft, Kultur – zusammenarbeiten will. In der Perspektive strebt Russland im Euroatlantischen Raum ein »offenes System kollektiver Sicherheit auf präziser vertragsrechtlicher Grundlage« an. Die regionale Sicherheitsarchitektur, in der die NATO die bestimmende Kraft darstellt, ist in der Wahrnehmung der russischen Führung, die für Russland eine Großmachtrolle beansprucht, nicht mehr zeitgemäß. Ja sie bildet in der Auffassung der »Strategie 2020« eine »Bedrohung für die Gewährleistung der internationalen Sicherheit« und muss daher revidiert werden. Dies stützt Medwedew's Vorschlag für eine Neuordnung der euroatlantischen Sicherheitsarchitektur.

Mit der NATO ist man zur Zusammenarbeit bereit, auf der Basis von Gleichberechtigung und im Interesse gemeinsamer Sicherheit, doch kritisiert man die Aktivitäten der Allianz scharf. Insbesondere das Verschieben militärischer Infrastruktur in Richtung auf die russischen Grenzen und die Bestrebungen der NATO eine globale Rolle zu spielen, werden getadelt. Hier macht die »Strategie 2020« noch einmal deutlich, dass Russland das atlantische Militärbündnis, das auf viele Staaten Ostmitteleuropas und des postsowjetischen Raums große Anziehungskraft ausübt, als gefährlichen Rivalen wahrnimmt und seinen Einfluss zurückdrängen will. Dennoch setzt das Dokument auf Zusammenarbeit, die man auch den USA anbietet, mit denen man in den Bereichen nukleare Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen kooperieren will.

Grundlegend für die Abwehr der möglichen Bedrohungen ist aber – und da setzt die »Strategie 2020« einen innenpolitischen Akzent – die Garantie sozialer Stabilität im Inneren, das friedliche Einvernehmen der Ethnien und der Religionsgruppen, die Steigerung des Wirtschaftswachstums, die Hebung des Lebensstandards und ein Zusammenwirken von Staat und Zivilgesellschaft. Damit thematisiert der Text implizit das Grunddilemma russischer Außenpolitik, das Missverhältnis zwischen Anspruch und Ressourcen: Innere Stabilität und eine erhebliche Steigerung der Wirtschaftsleistung sind notwendig, sonst kann Russland seine Großmachtrolle nicht glaubwürdig spielen.

Allerlei Bedrohungsperzeptionen

Der Anspruch, dass Russland in einer multipolaren Welt eine Großmachtrolle übernehmen will, ist aber Konsens und darauf basiert die gesamte Strategie. Jenseits dieses

grundsätzlichen Einvernehmens sind jedoch eine Reihe divergenter Auffassungen erkennbar. Insgesamt ist das Dokument deutlich umfangreicher geraten als das Vorgängerdokument. Es umfasst 7.300 statt 5.000 Wörter und behandelt in 112 Abschnitten so unterschiedliche Themen wie nationale Verteidigung Wirtschaftswachstum, Gesundheitswesen, Umweltschutz und Kultur und deren Bedeutung für Russlands nationale Sicherheit. Dabei entfaltet die Strategie ein breites Spektrum an Bedrohungsvorstellungen.

Im Kapitel »Die Welt von heute und Russland: Zustand und Entwicklungstendenzen« orientieren sich die Autoren vor allem an globalen Risiken. Bedrohungen für die nationalen Interessen Russlands gehen dort aus vom einseitigem Einsatz von Gewalt in internationalen Beziehungen – dies ist offensichtlich auf die USA und die NATO gemünzt –, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die das Risiko beinhaltet, dass diese Waffen in die Hände von Terroristen fallen könnten, rechtswidrige Aktivitäten in den Bereichen Kybernetik, Biologie und Hochtechnologie, globaler Informationskrieg und die Destabilisierung der Wirtschaftsentwicklung und der demokratischen Institutionen. Zu den Bedrohungen zählen ferner Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Separatismus, demographische Probleme, Migration, Drogen- und Menschenhandel, die organisierte Kriminalität, die Verbreitung von Pandemien und der Wassermangel. Hier werden Risikofaktoren aufgezählt, die sich mit Ausnahme der Spitze gegen USA und NATO so auch in Bedrohungsanalysen anderer europäischer Staaten wieder finden. Festzuhalten ist dabei, dass in der zitierten Aufzählung von einer unmittelbaren militärischen Bedrohung Russlands nicht die Rede ist.

Im Kapitel »Nationale Verteidigung« dagegen gilt die Kritik der »Politik einer Reihe führender Staaten im Ausland, die eine dominierende Überlegenheit im militärischen Bereich anstreben, vor allem bei strategischen Nuklearkräften...« Gemeint sind offensichtlich die USA, die auch wegen der Absicht getadelt werden, unilateral ein globales Raketenabwehrsystem aufzubauen und den Kosmos zu militarisieren. Im Kapitel »Staatliche und gesellschaftliche Sicherheit« stellt die Spionage durch fremde Dienste und Einzelpersonen die Hauptbedrohung dar, dann die Tätigkeit terroristischer Organisationen. Es fällt ins Auge, dass ausländische Spionage hier als Bedrohung vor Terrorismus rangiert, obgleich sich im Nordkaukasus die Anschläge auf Sicherheitskräfte häufen und sich mehrere Republiken der Region am Rande des Bürgerkrieges befinden. Das Kapitel »Hebung des Lebensstandards der

russischen Bürger« definiert eine ganz andere Kategorie von Bedrohungen. Hier wird vor allem die internationale Finanzkrise genannt, aber auch der Kampf um Energie, Wasser und Lebensmittel sowie die technologische Rückständigkeit Russlands. Die Hebung des Lebensstandards wird als ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen gesehen. Stabile Versorgung mit Lebensmitteln und erschwinglichen Arzneimitteln gilt hier als wichtiges Ziel einer nationalen Sicherheitsstrategie. Im Wirtschaftskapitel geht es den Autoren vor allem um den Ausbau der weiterverarbeitenden Industrie, durch die Russland vom Rohstoffexport unabhängiger werden soll. Als Ziel wird formuliert, Russland mittelfristig in die Reihe der fünf Volkswirtschaften mit der weltweit höchsten Wirtschaftsleistung aufsteigen zu lassen. Auch die disproportionale Entwicklung der russischen Regionen, der Rückstand von Wissenschaft und Technologie und die Mängel des Gesundheitswesens, die Verfälschung der russischen Geschichte und die Gefahren des Klimawandels gelten als Sicherheitsrisiko.

Insgesamt kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass in der »Strategie 2020« Autoren mit ganz unterschiedlichen Bedrohungsauffassungen am Werke sind. Klassische sowjetische Feindbildperzeptionen stehen unverbunden neben Vorstellungen, die auf die Risiken der Globalisierung abheben. Der Schlussredaktion ist es nicht gelungen, diese Auffassungen zu homogenisieren und zu einem konzisen Bedrohungsbild zusammenzufassen. Die »Strategie 2020« ist ein Kompromisspapier, das konkurrierende Auffassungen verschiedener Institutionen zusammenfasst, ohne den Versuch zu unternehmen, sie zu vereinheitlichen.

Messziffern für Sicherheit

Der Redaktion ist dieser Mangel wohl bewusst gewesen. Daher haben sie in einem knappen Schlussabschnitt eine Art Katalog von Kriterien für die Messung von Bedrohungen aufgestellt. Die Liste führt folgende sieben Messziffern auf, an denen in Zukunft der Zustand der nationalen Sicherheit gemessen werden soll:

- Die Arbeitslosenquote.
- Der Grad der sozialen Ungleichheit (gemessen an der Relation der Einkommen der 10 % Reichsten zum Einkommen der 10 % Ärmsten).
- Die Inflationsrate.
- Die interne und externe Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

- Der Mitteleinsatz für Gesundheitswesen, Kultur, Bildung und Wissenschaft in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.
- Das Niveau der jährlichen Modernisierung von Waffensystemen und militärischem Gerät.
- Das Vorhandensein von militärischem und ingenieur-technischem Fachpersonal.

Diese Liste ist insofern bemerkenswert, als sie Prioritäten aufstellt, die mit dem Rest des Textes nur schwer in Übereinstimmung zu bringen sind. Manche Fragen wie Spionage und terroristische Aktivitäten werden in dem Kriterienkatalog gar nicht berührt, Wirtschaftswachstum und Investitionen tauchen allenfalls indirekt auf, Rüstung und Umfang des militärischen Potentials erscheint eher beiläufig. Soziale Sicherheit rangiert deutlich vor militärischer Sicherheit. Nationale Sicherheit wird an sozialer Stabilität gemessen nicht an Wirtschaftskraft oder militärischem Potential. Offenbar haben sich im Schlussabschnitt Innen- und Sozialpolitiker gegen Außenpolitiker, Militärs und Geheimdienste durchgesetzt.

Ein unfertiges Dokument

Insgesamt ist die »Strategie für die nationale Sicherheit Russlands bis zum Jahre 2020« ein unfertiges Dokument, das keine umfassende Risikoanalyse versucht, sondern lediglich die potentiellen Bedrohungen auflistet. Der Text erweckt den Eindruck, dass jeder Abschnitt von einer anderen Behörde formuliert worden ist. Die »Strategie 2020« versucht gar nicht, eine schlüssige, durchstrukturierte Risikoanalyse zu formulieren, sie stellt bloß Bedrohungsvorstellungen zusammen. Welche der konkurrierenden Auffassungen aus dem Sammelsurium von Risikoideen in Zukunft Politik bestimmen werden – die Angst des FSB vor ausländischer Spionage, die Furcht der Militärs vor der NATO, die Sorge der liberalen Ökonomen um das Wirtschaftswachstum oder die Angst des Establishment vor sozialen Unruhen –, darauf gibt die »Strategie« keine Antwort.

Der Zustand der Sicherheitsstrategie erlaubt Rückschlüsse auf die innere Verfassung der Medwedew-Administration. Es gilt festzuhalten, dass es über Ressortgrenzen und unterschiedliche Weltansichten hinaus einen Grundkonsens in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik gibt. Dazu gehört der Anspruch Russlands, als Großmacht anerkannt zu werden, der Wille, die Kontrolle über die Bodenschätze zu wahren, und die Absicht, die soziale Stabilität im Lande aufrechtzuerhalten. Die russische Führung wird sich gegen eine Öffnung des Energiemarktes ebenso zu Wehr setzen wie gegen »democracy promotion« und die Förderung zivilgesell-

schaftlicher Strukturen von außen. Ein »oranges Szenario« – eine Entwicklung wie 2004/5 in der Ukraine – ist für die Medwedew-Administration ebenso unannehmbar wie seinerzeit für Putin.

Die Tatsache, dass die »Strategie 2020« auch Fragen der Wirtschaftsentwicklung thematisiert, zeigt, dass Medwedew und Putin die Lage Russlands realistisch einschätzen. Indem sie auf Wirtschaftswachstum setzen, schlagen sie den einzig möglichen Weg ein. Nur durch steigende Wirtschaftsleistung kann Russland sich die Mittel verschaffen, um seinen Anspruch, Großmacht zu sein, zu untermauern. Internationale Geltung und Sicherheit kann es nur durch weiteren Ausbau der Volkswirtschaft, durch beschleunigte Innovation und Förderung von Wissenschaft und Technologie erreichen. Die Formel, die Medwedew bei der Präsentation der »Strategie 2020« prägte – »Sicherheit durch Entwicklung« –, fasst dies präzise zusammen.

Andererseits erweckt das Dokument aber den Eindruck, dass der Präsident und sein Team nicht in der Lage waren, den Diskussionsprozess über das sicherheitspolitische Konzept zu kontrollieren und die Positionen der beteiligten Behörden in einen schlüssigen Argumentationszusammenhang zu integrieren. Der Großmachtanspruch ist zwar Konsens, doch über den richtigen Weg zu seiner Umsetzung herrschen unterschied-

liche Vorstellungen. Anscheinend hat sich Medwedew ein Jahr nach seinem Amtsantritt im Behördenapparat noch nicht durchsetzen können. Dass Geheimdienste und die militärische Führung eine eigene Weltwahrnehmung haben, kann nicht erstaunen, doch ist es Aufgabe des Präsidenten, sich die Apparate unterzuordnen und ihre Risikoanalysen in eine übergreifende, politisch definierte Bedrohungsvorstellung zu integrieren. Dies leistet die »Strategie 2020« nicht. Es mag sein, dass die Person des Sekretärs des Sicherheitsrates hier eine Rolle spielt. Nikolaj Patruschew war lange Direktor des FSB. Seine Affinität zur Arbeit der Geheimdienste und sein Wunsch, den Sicherheitsrat zu einem wirksamen Kontrollapparat auszubauen, finden ihren Niederschlag in der nationalen Strategie. Die Präsidialadministration hat dies nicht verhindert. Allerdings – und dies wird insbesondere im Schlusskapitel an den Messziffern für Sicherheit deutlich – waren die Wirtschafts- und Sozialpolitiker stark genug, ihre Vorstellungen an herausgehobener Stelle in die Sicherheitsstrategie einzubringen. Diese Ideen ähneln denen, die Präsident Medwedew immer wieder öffentlich formuliert hat. Man kann also davon ausgehen, dass er zwar den sicherheitspolitischen Prozess nicht kontrolliert, doch stark genug ist, seine eigenen Positionen sichtbar einzubringen.

Über den Autor

Hans-Henning Schröder lehrt osteuropäische Zeitgeschichte an der Universität Bremen.

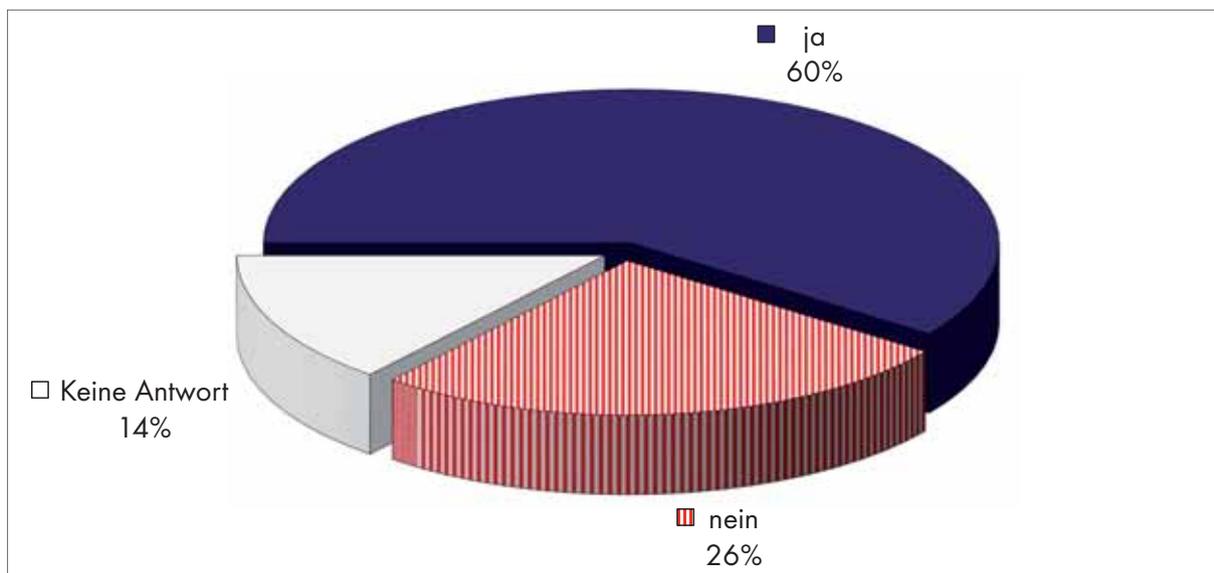
Lesetipps

- Strategija nacionalnoj besopasnosti Rossijskoj Federazii do 2020 goda. Utvershdena Ukasom Presidenta Rossijskoj Federazii ot 12 maja 2009 g. – 537 <http://www.scrf.gov.ru/documents/99.html>, 14. Mai 2009 (der Originaltext der Sicherheitsstrategie. Eine Übersetzung in eine westliche Sprache liegt bisher öffentlich nicht vor)
- Dmitri Trenin: Russia – The Loneliness of an Aspiring Power Center, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2/2009, S. 142–153
- Olga Oliker; Keith Crane; Lowell H. Schwartz; Catherine Yusupov: Russian Foreign Policy – Sources and Implications. RAND PROJECT AIR FORCE Prepared for the United States Air Force. Approved for public release; distribution unlimited, S. Monica: Rand 2009 http://www.rand.org/pubs/monographs/2009/RAND_MG768.pdf. 15. April 2009

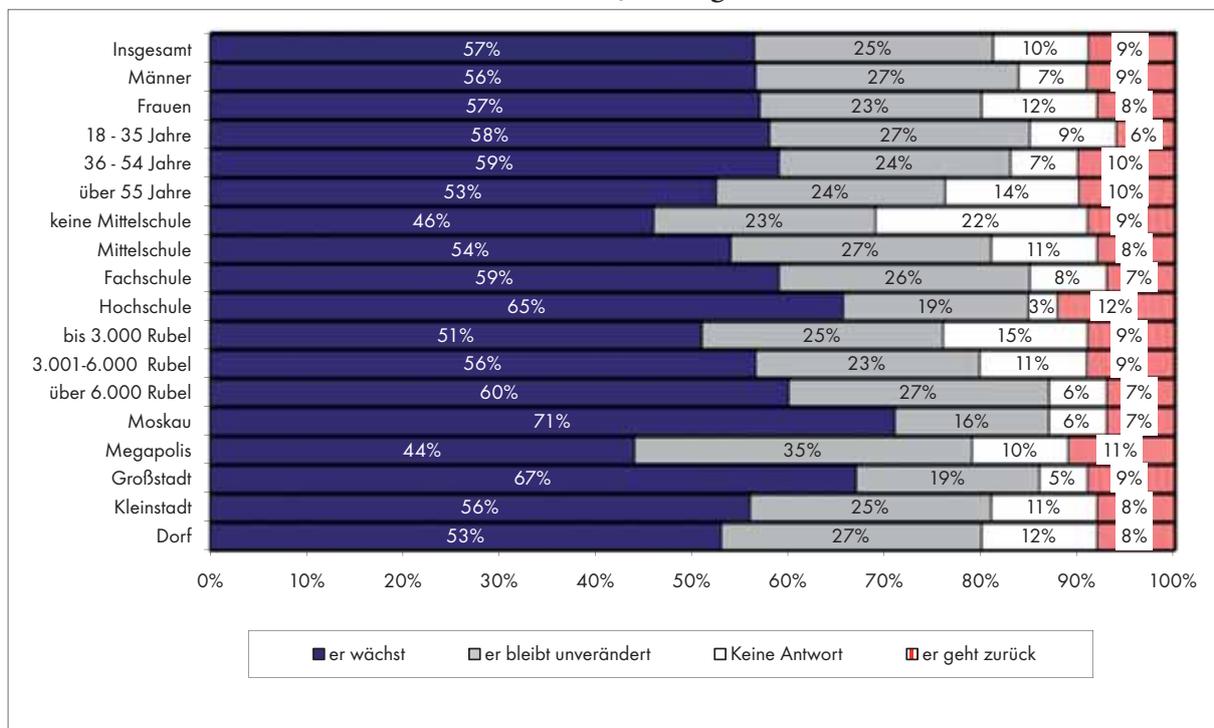
Umfrage

Russen im August 2008 über Russlands internationale Stellung

Kann man Russland als Großmacht bezeichnen?

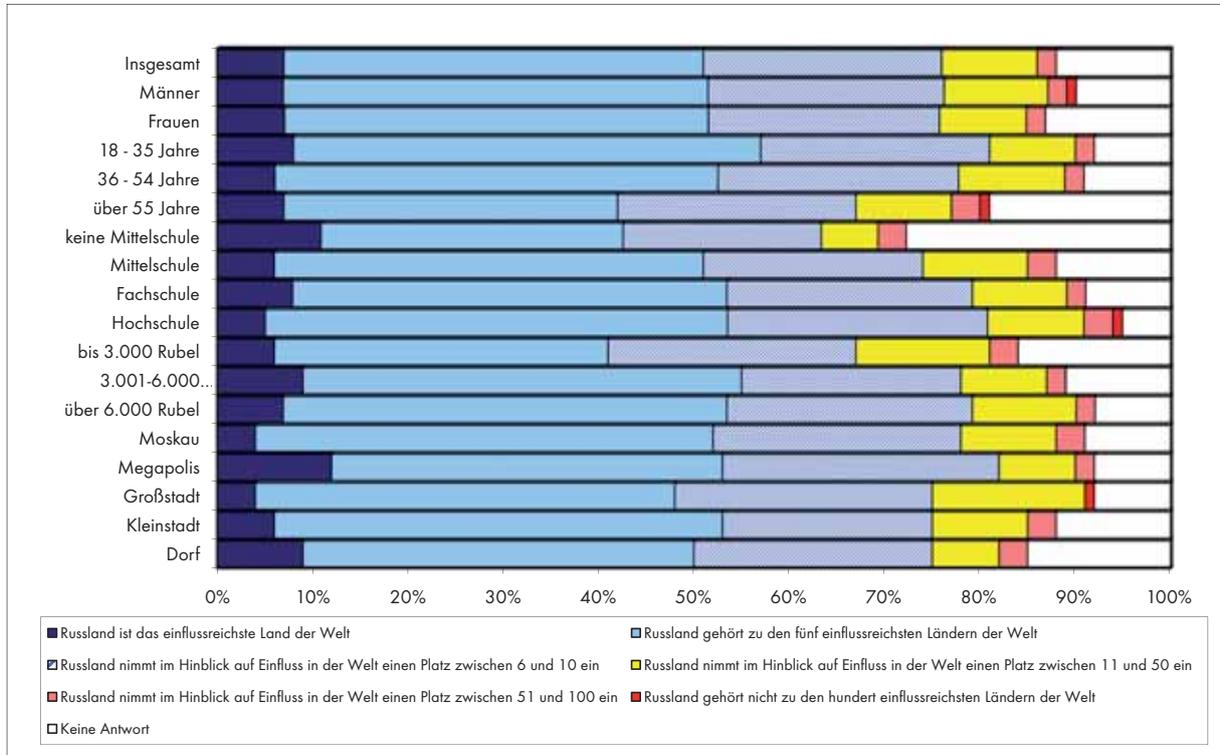


Ist Russlands Einfluss in der Welt in den letzten Jahren gewachsen?

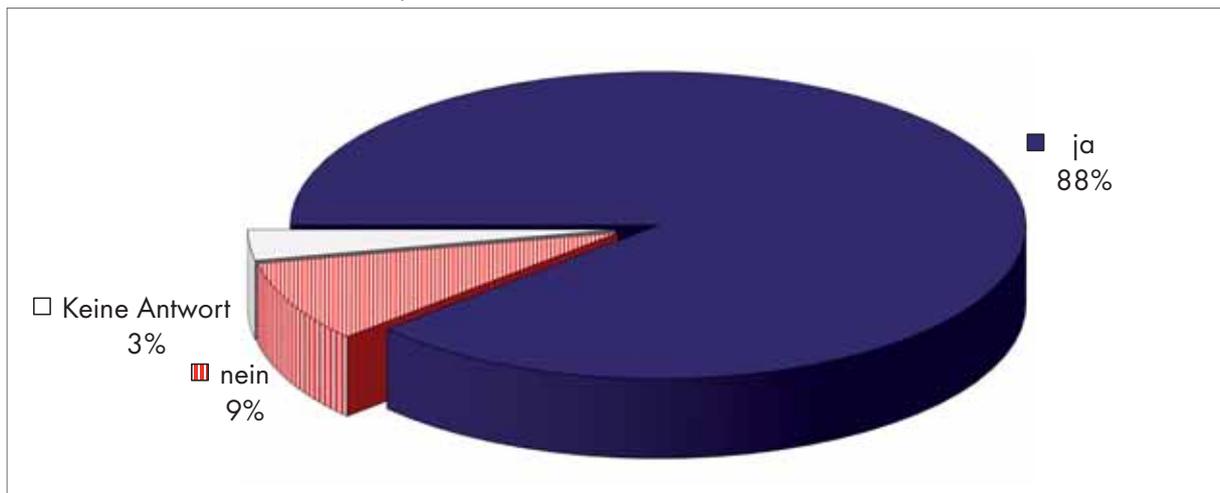


Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 23.–24.8.2008
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0834/d083422>

Wie einflussreich ist Russland heute in der Welt?

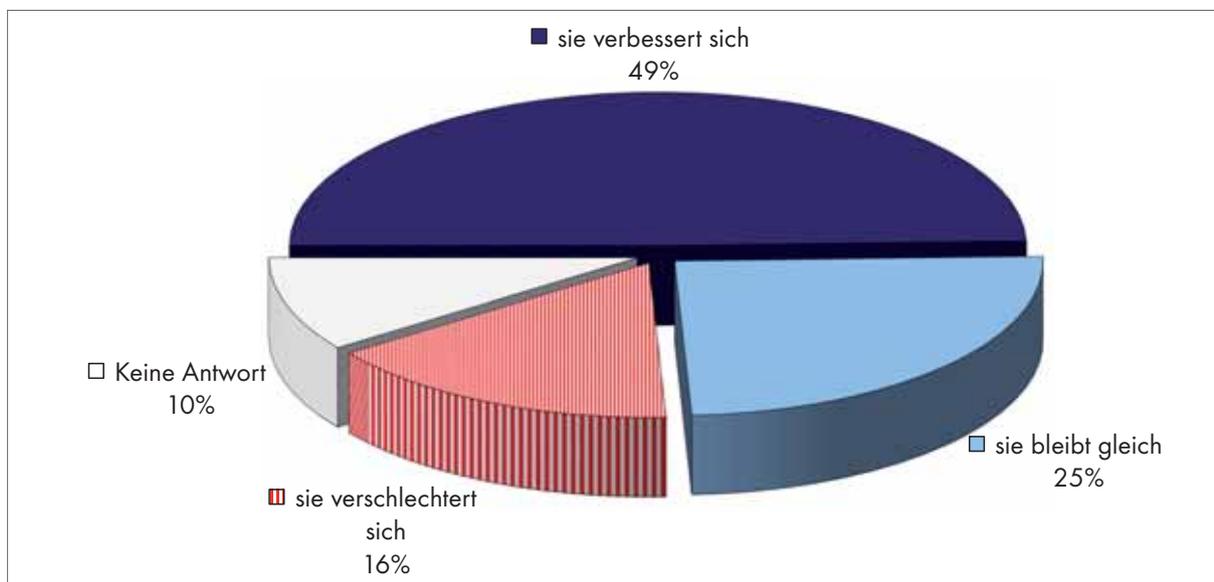


Sollte Russland danach streben, das einflussreichste Land der Welt zu werden?

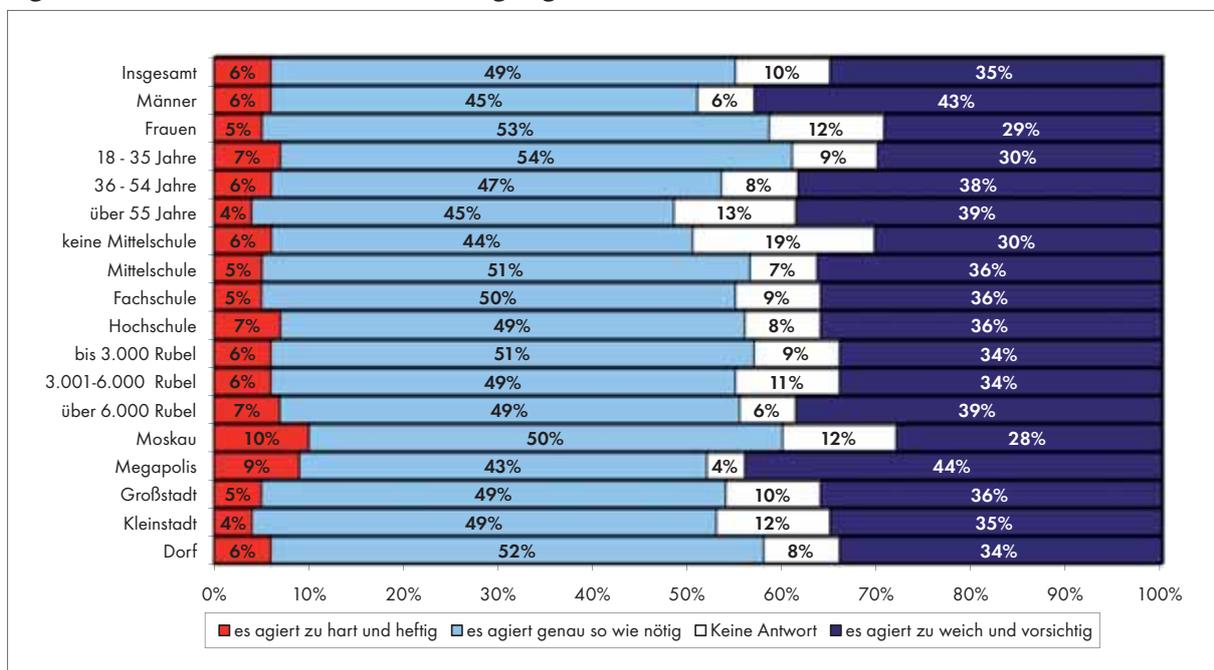


Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 23.–24.8.2008
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0834/d083422>

Verbessert sich die internationale Haltung gegenüber Russland?



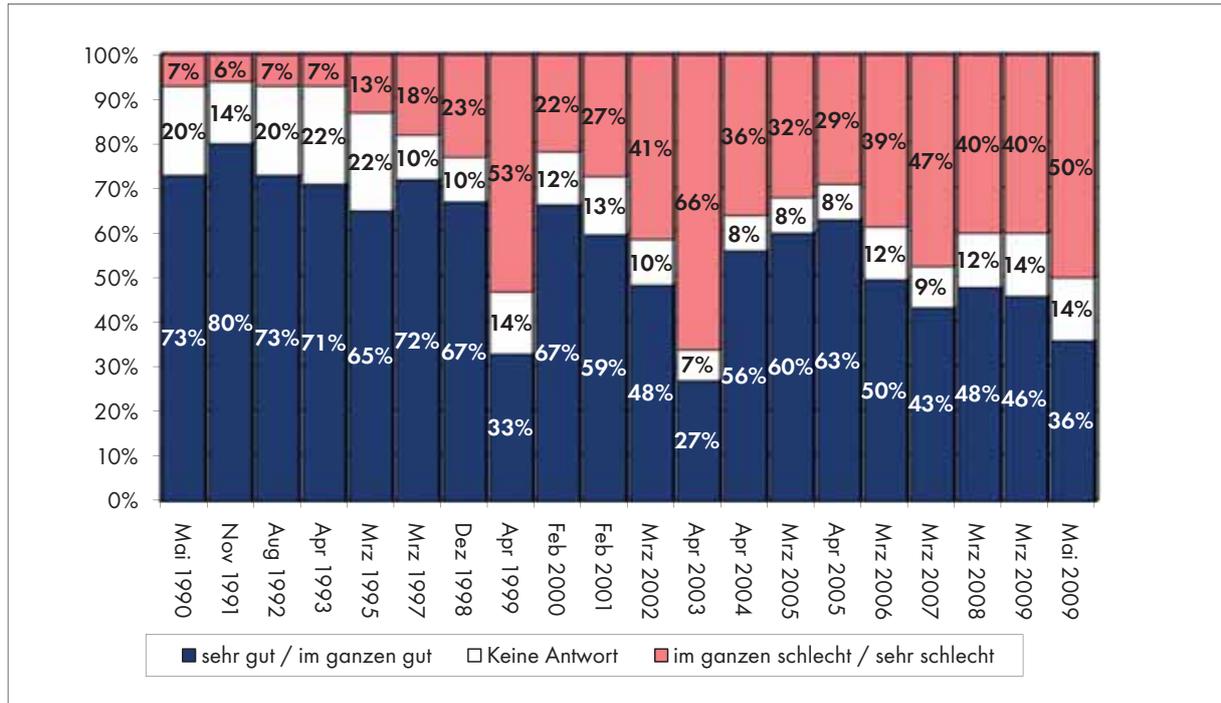
Agiert Russland in internationalen Angelegenheiten zu hart oder zu weich?



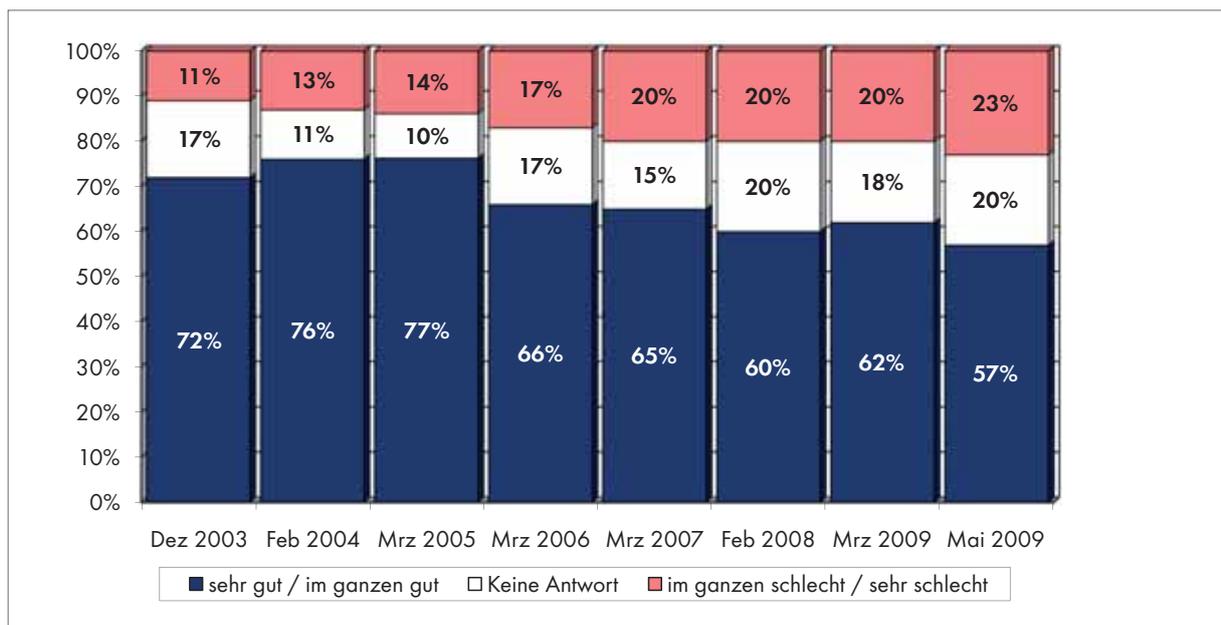
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 23.–24.8.2008
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0834/d083422>

Die USA, die EU, die Ukraine, Georgien und Belarus in der russischen öffentlichen Meinung

Wie stehen Sie zu den USA?

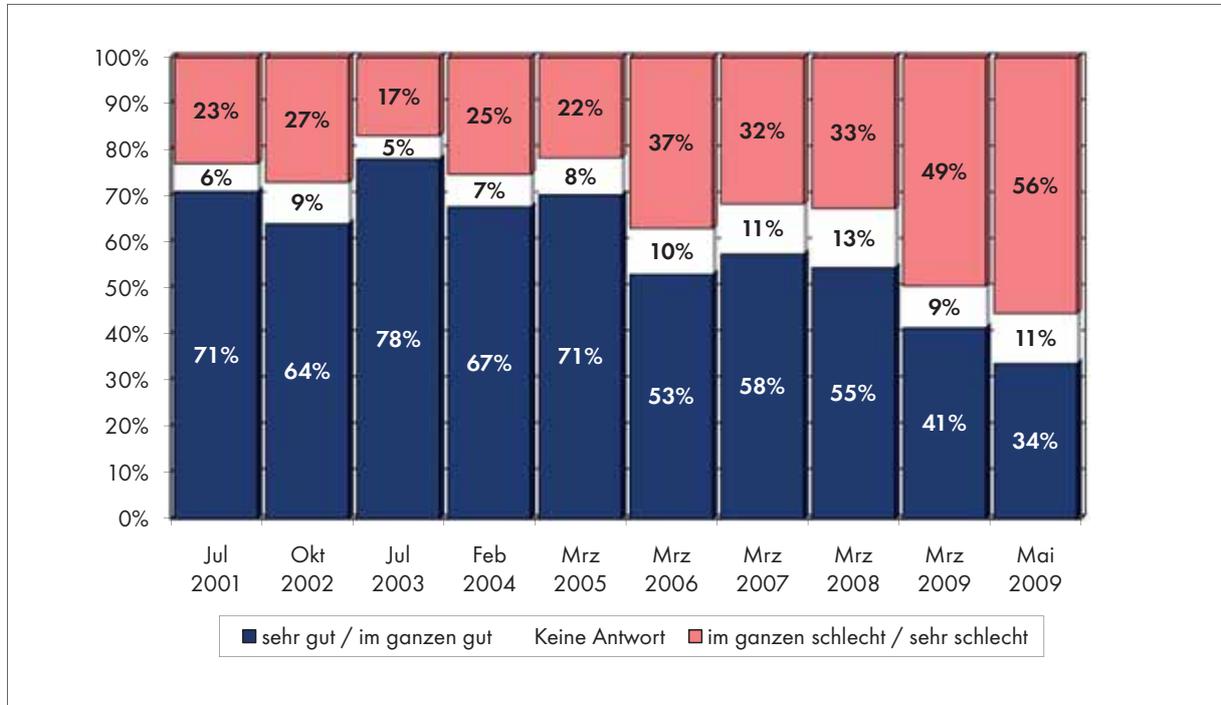


Wie stehen Sie zu der EU?

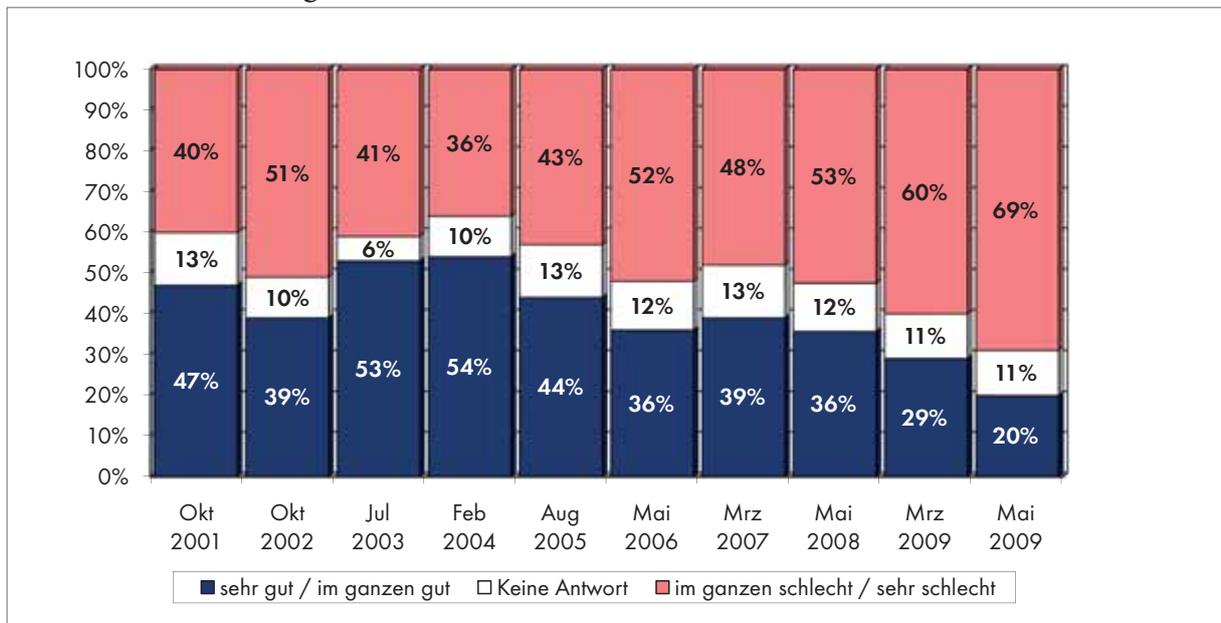


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–26.5.2009 <http://www.levada.ru./press/2009061004.html>

Wie stehen Sie zu der Ukraine?

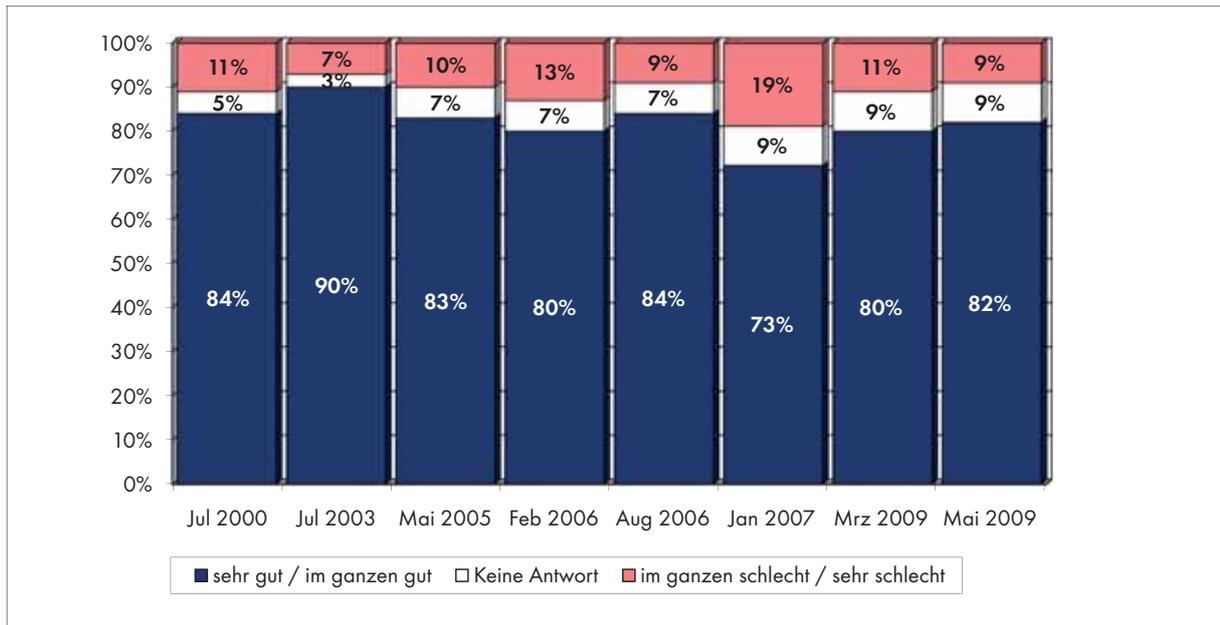


Wie stehen Sie zu Georgien?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.-26.5.2009 <http://www.levada.ru./press/2009061004.html>

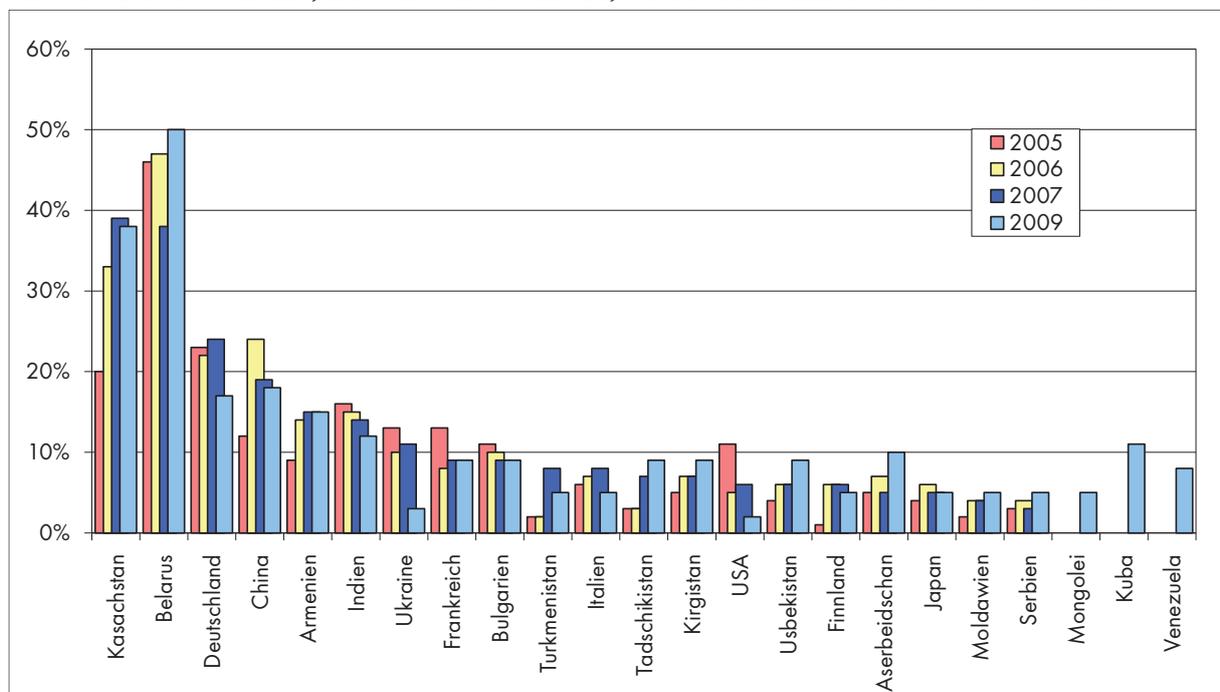
Wie stehen Sie zu Belarus?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–26.5.2009 <http://www.levada.ru./press/2009061004.html>

Freunde und Feinde Russlands

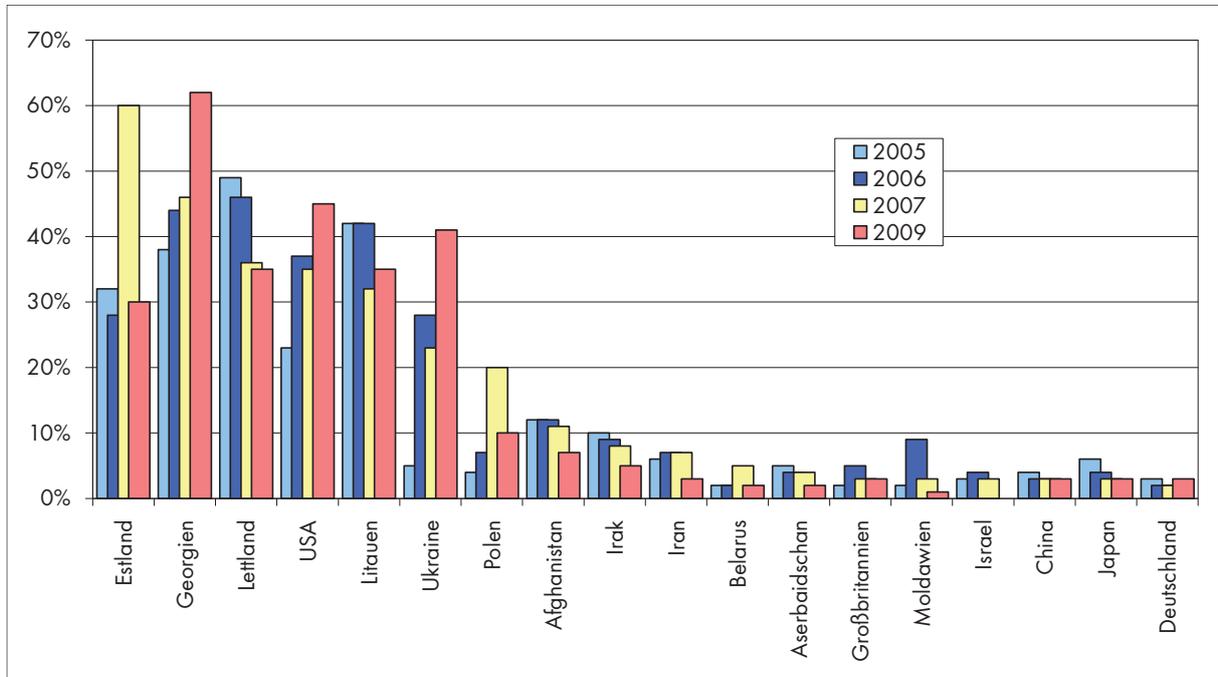
Nennen Sie fünf Länder, die man nahe Freunde, Verbündete Russlands nennen könnte.



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums 2005–2009, zuletzt vom 11.–14.5.2009

<http://www.levada.ru./press/2007053003.html>; <http://www.levada.ru./press/2009061001.html>

Welche fünf Länder würden Sie als die unfreundlichsten, feindseligsten in Bezug auf Russland bezeichnen?

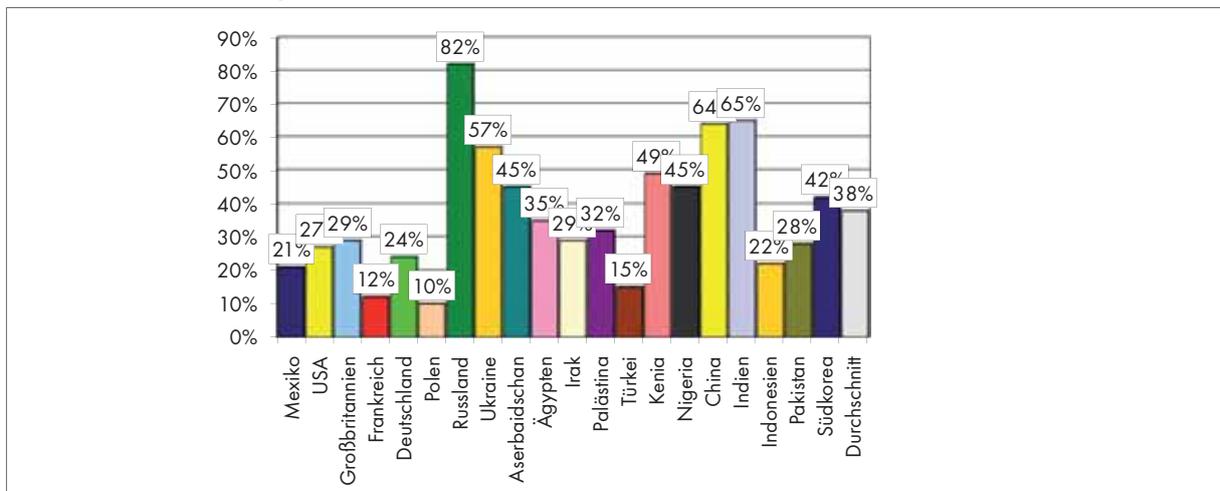


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums 2005–2009, zuletzt vom 11.–14.5.2009

<http://www.levada.ru./press/2007053003.html>; <http://www.levada.ru./press/2009061001.html>

Die internationale öffentliche Meinung über Russlands Ministerpräsident Wladimir Putin

(Anteil der Bewertungen mit »Viel Vertrauen/Etwas Vertrauen«, 2009)



Anmerkung: Russland geht nicht in den Durchschnittswert ein.

Quelle: World Public Opinion: Assessing Leaders Worldwide 2009. 29. Juni 2009.

http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/jun09/WPO_Leaders_Jun09_quaire_emb.pdf

Die internationale öffentliche Meinung über Russlands Ministerpräsident Wladimir Putin

	Viel Vertrauen		Etwas Vertrauen		Wenig Vertrauen		Kein Vertrauen		Hängt davon ab / Keine Antwort	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Mexiko	4%	7%	17%	20%	20%	32%	26%	24%	33%	17%
USA	3%	1%	24%	23%	42%	43%	27%	28%	5%	5%
Großbritannien	4%	5%	25%	22%	35%	25%	26%	31%	10%	17%
Frankreich	1%	1%	11%	13%	28%	21%	50%	55%	10%	10%
Deutschland	7%	-	17%	-	36%	-	36%	-	4%	-
Polen	2%	-	8%	-	25%	-	51%	-	14%	-
Russland*	51%	57%	31%	23%	8%	9%	2%	2%	8%	10%
Ukraine	27%	31%	30%	28%	21%	11%	9%	9%	14%	20%
Aserbaidshjan	22%	26%	23%	19%	33%	38%	20%	11%	3%	7%
Ägypten	10%	10%	25%	34%	32%	32%	26%	24%	7%	0%
Irak	11%	-	18%	-	20%	-	28%	-	24%	-
Palästina	2%	1%	30%	11%	39%	30%	24%	55%	5%	3%
Türkei	3%	3%	12%	8%	11%	8%	52%	58%	22%	23%
Kenia	14%	-	35%	-	26%	-	11%	-	14%	-
Nigeria	14%	12%	31%	28%	29%	24%	11%	15%	15%	21%
China	18%	33%	46%	42%	9%	10%	3%	1%	25%	14%
Indien	31%	18%	34%	26%	11%	11%	6%	7%	19%	39%
Indonesien	4%	4%	18%	19%	29%	33%	6%	13%	43%	32%
Pakistan	4%	-	24%	-	18%	-	27%	-	28%	-
Südkorea	5%	16%	37%	38%	40%	33%	10%	7%	7%	5%
Durchschnitt	13%	15%	25%	24%	26%	24%	23%	23%	15%	15%

* Russland geht nicht in den Durchschnittswert ein.

Quelle: World Public Opinion: Assessing Leaders Worldwide 2009. 29. Juni 2009

http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/jun09/WPO_Leaders_Jun09_quaire_emb.pdf

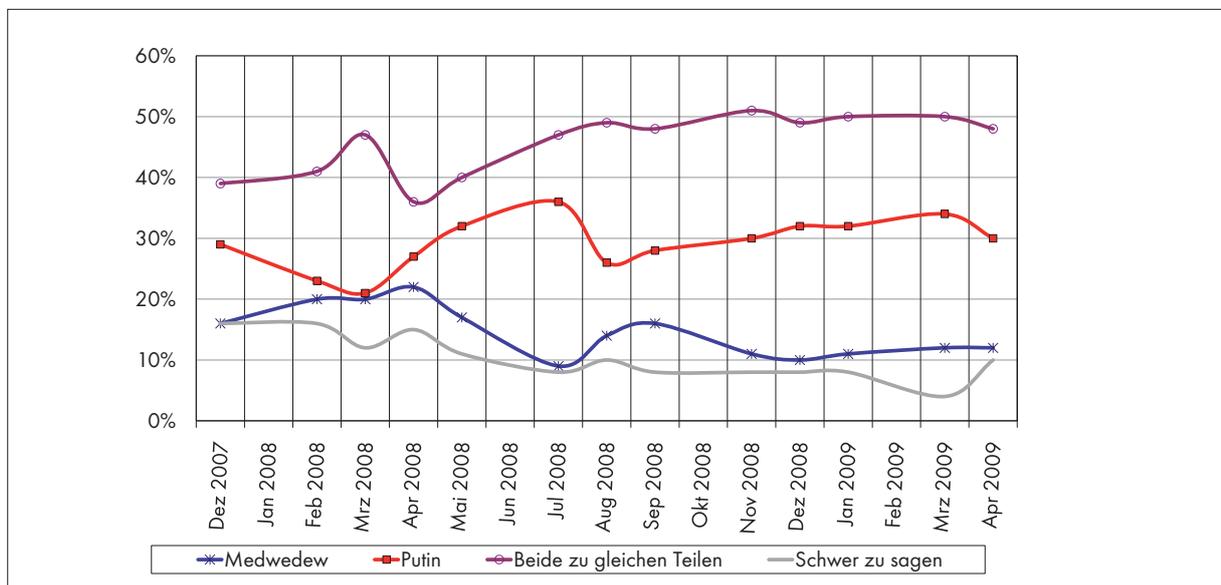
Umfrage

Das »Tandem Medwedew-Putin« in Meinungsumfragen

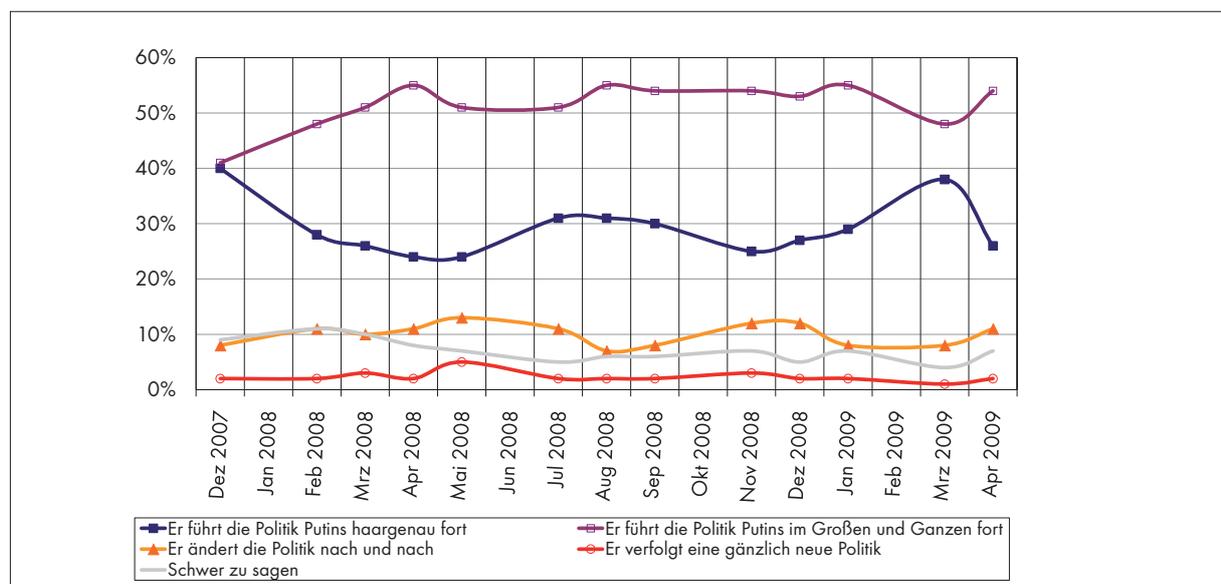
Die Medwedew-Administration ist jetzt über ein Jahr im Amt. Im Großen und Ganzen ist es gelungen, das Vertrauen, das Wladimir Putin als Präsident genossen hat, auf die neue Führung zu übertragen. Doch Putin genießt immer noch größeres Vertrauen als sein Nachfolge Dmitrij Medwedew.

Wer hat die Macht im Land?

Wer hat die reale Macht im Lande?



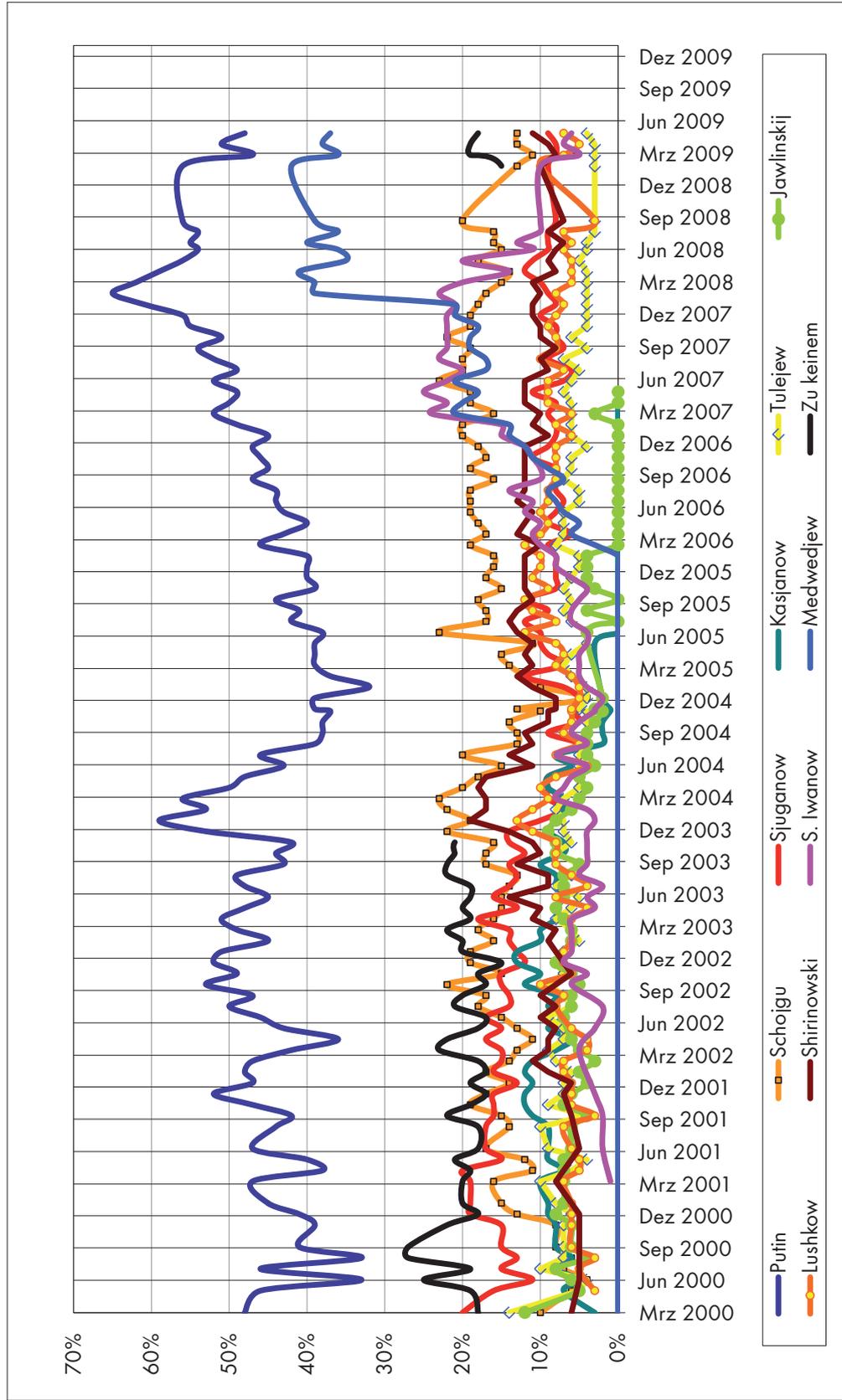
Setzt Medwedew die Politik Putins fort?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums 24.–27.4.2009 <http://www.levada.ru./press/2009050606.html>

Rating russischer Politiker 2000–2009

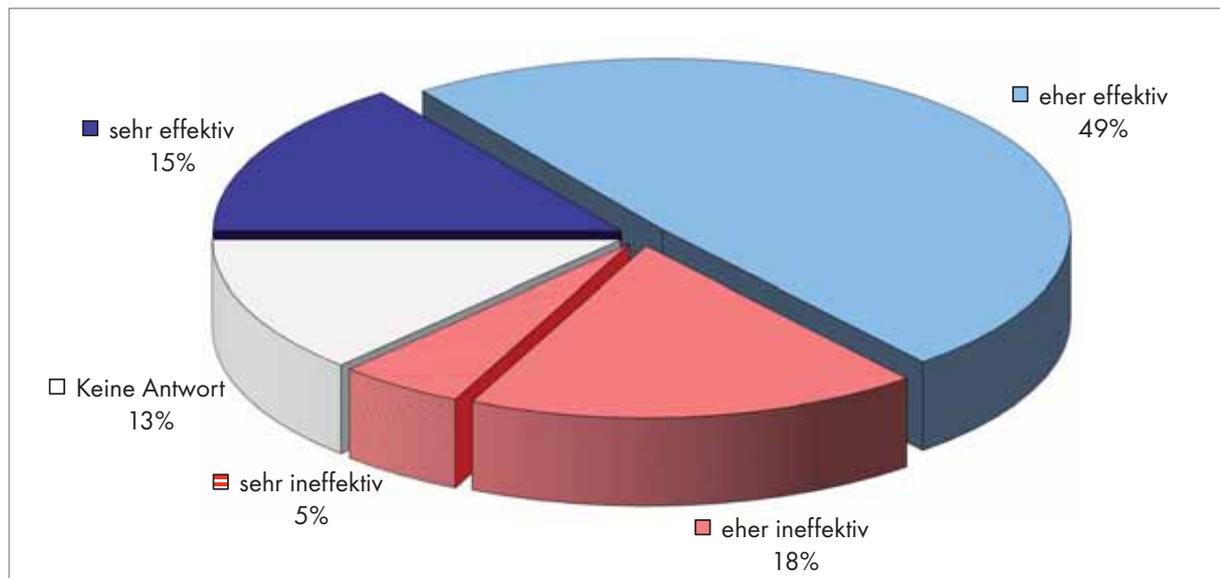
Zu welchem Politiker haben Sie Vertrauen? (Populäritätswerte März 2000 – April 2009 in den Umfragen des Lewada-Zentrums)



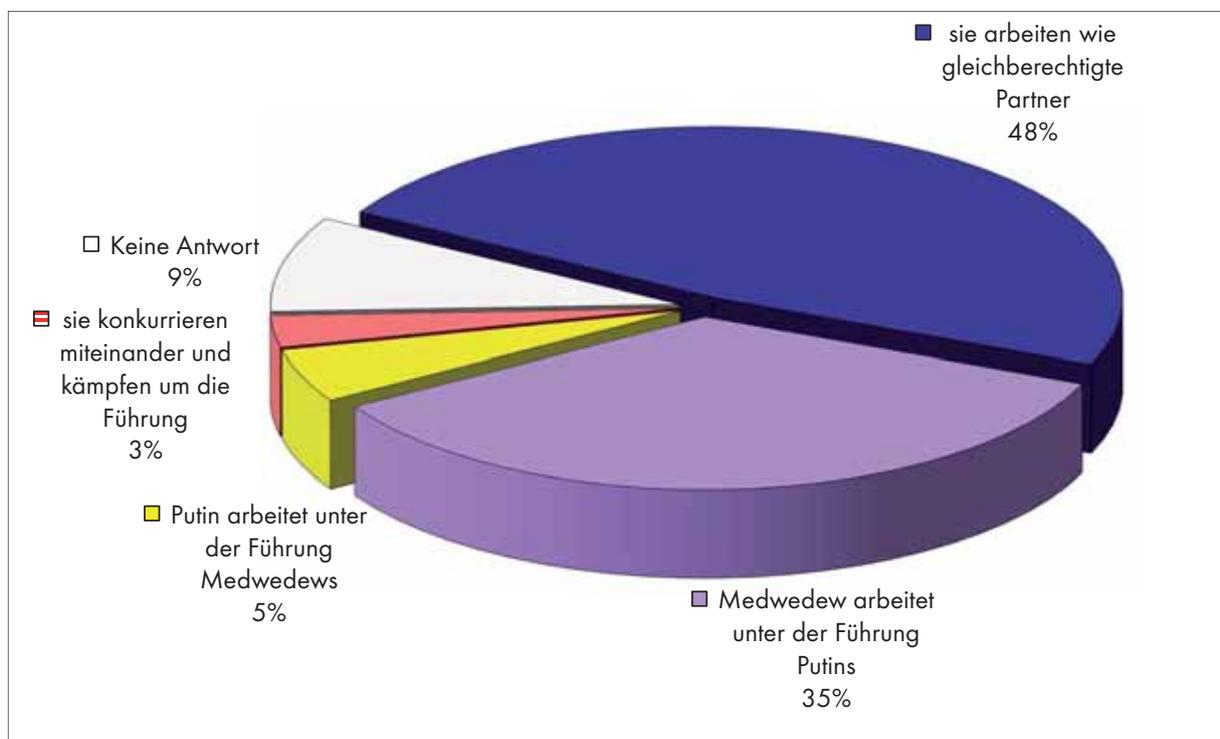
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums <http://www.levada.ru/prezident.htm>; <http://www.levada.ru/praviteilstvo.html>;

Das Tandem »Medwedew-Putin« in den Umfragen des WZIOM

Wie effektiv regieren Medwedew und Putin das Land?

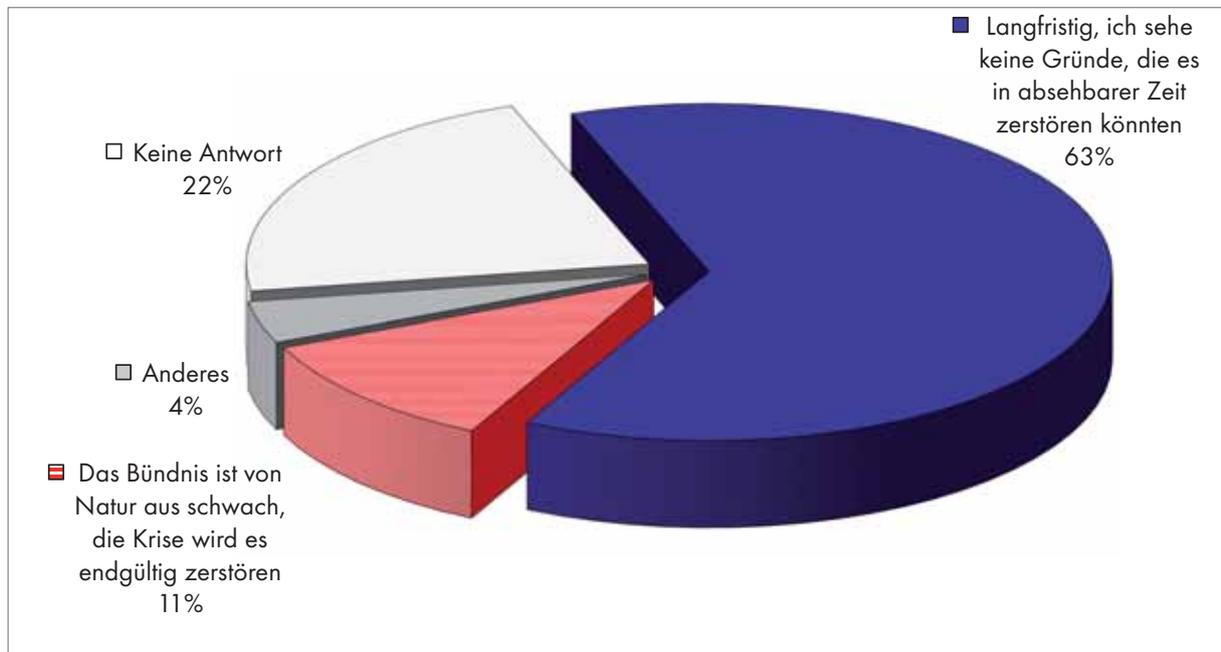


Wie gestaltet sich das Verhältnis des Tandems »Medwedew - Putin«?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 13.–14. Juni 2009
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12028.html>

Was meinen Sie, wie lange wird das Bündnis Medwedews und Putins Bestand haben?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 13.–14. Juni 2009
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12028.html>

Was meinen Sie, wem gehört die reale Macht im Lande? (offene Frage, nicht mehr als drei Antworten)

Putin	21 %
Medwedew	21 %
den Oligarchen, Reichen und Geschäftsleuten	17 %
der Regierung	6 %
den Banditen und dem Verbrechen	5 %
den Politikern, Abgeordneten und Beamten	5 %
der Partei »Einiges Russland«	4 %
dem Volk	2 %
den Bankern	1 %
den korrupten Beamten	1 %
es gibt keine reale Macht, niemand hat sie	1 %
anderes	2 %
Keine Antwort	25 %

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 13.–14. Juni 2009
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12028.html>

Wer ist Ihrer Meinung nach der einflussreichste Politiker in Russland?

(offene Frage, nicht mehr als drei Antworten)

Putin	69 %
Medwedew	21 %
Shirinowskij	3 %
Sjuganow	1 %
Lawrow	1 %
Lushkow	1 %
die Oligarchen	1 %
es gibt keine anderes	1 %
Keine Antwort	21 %

Wenn Sie ihre gemeinsame Führung für effektiv halten, aus welchen Gründen?

(offene Frage, nicht mehr als drei Antworten, Prozentsatz derjenigen, die ihre Führung für effektiv halten)

sie sind gut eingespielt, wie ein Team	17 %
es sind reale Resultate ihrer Arbeit zu sehen, der Lebensstandard der Bevölkerung ist gestiegen	13 %
gemeinsame Sicht des Kurses für die Entwicklung des Landes	9 %
besondere Aufmerksamkeit für Sozialpolitik	8 %
sie ergreifen effektive Maßnahmen gegen die Krise, die Krise ist fast nicht zu bemerken	8 %
Kontinuität der Politik, unveränderter Kurs Russlands	4 %
im Land ist eine stabile Lage, Ordnung	4 %
sie ergänzen sich ideal	4 %
Putin, als erfahrener und starker Führer, souffliert Medwedew	4 %
zu zweit ist es leichter, das Land zu führen	3 %
sie haben den internationalen Status Russlands erhöht, sie führen die richtige Außenpolitik	3 %
persönliche Eigenschaften: Jugend, Energie, gute Bildung	3 %
alle Probleme werden schnell gelöst	3 %
anderes	1 %
Keine Antwort	28 %

Quelle: Umfragen des WZIOM vom 13.–14. Juni 2009

<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12028.html>

Wenn Sie ihre gemeinsame Führung für ineffektiv halten, aus welchen Gründen?
 (offene Frage, nicht mehr als drei Antworten, Prozentsatz derjenigen, die ihre Führung für ineffektiv halten)

der Lebensstandard der Bevölkerung sinkt	18 %
es geschieht kein Wandel zum Besseren	16 %
die Krise wurde zugelassen und sie wird ineffektiv bekämpft	12 %
alle Entscheidungen gibt es nur auf dem Papier, real wird nichts getan	12 %
Preissteigerung, Inflation	10 %
zu zweit arbeiten sie weniger effektiv als Putin allein	9 %
hohe Arbeitslosigkeit	8 %
Korruption in der Staatsmacht	6 %
Inkompetenz, falscher Kurs der Entwicklung des Landes	5 %
den Menschen wird wenig geholfen, das Volk ist vergessen worden	4 %
die Ausführung ihrer Entscheidungen wird nicht durch die Beamten vor Ort kontrolliert	4 %
Löhne werden zurückgehalten und gesenkt	3 %
es wird nicht an den Fernen Osten gedacht, die Bürger dieser Region werden unterdrückt	1 %
der Außenpolitik wird zu viel Aufmerksamkeit geschenkt und sie wird stümperhaft geführt	1 %
anderes	5 %
Keine Antwort	13 %

Quelle: Umfragen des WZIOM vom 13.–14. Juni 2009

<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12028.html>

Die Hauptsorgen der russischen Bürger

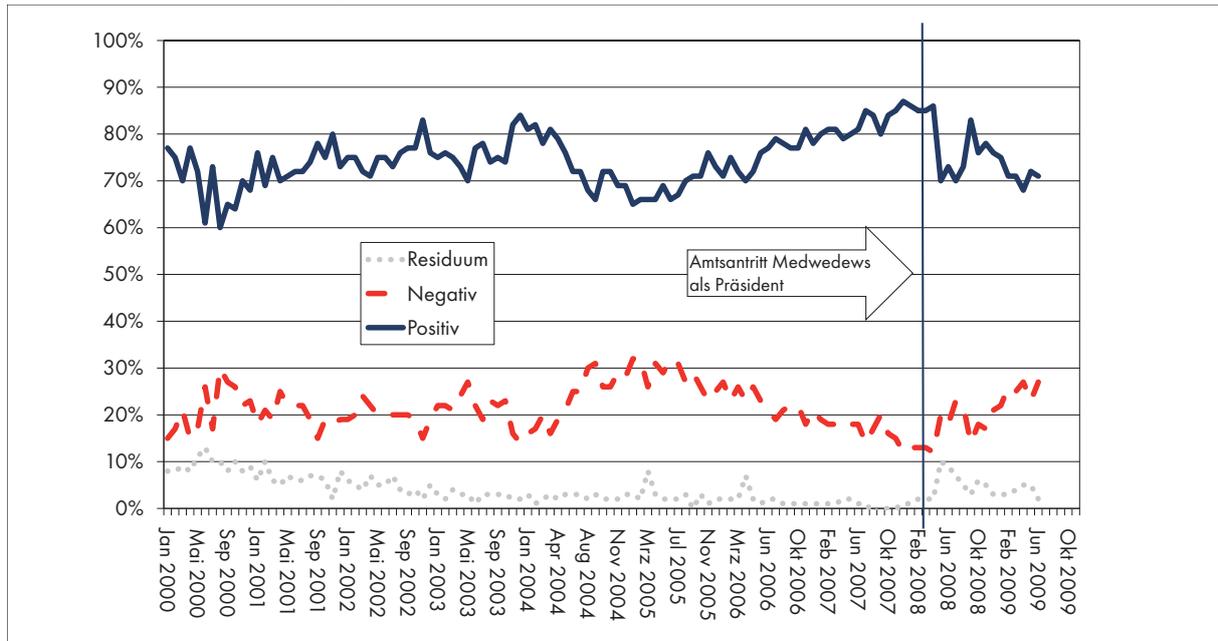
Welche der folgenden Probleme unserer Gesellschaft beunruhigen Sie am meisten, halten Sie sie für die dringendsten Probleme? (nicht mehr als fünf bis sechs Antworten möglich, die Antworten sind nach der letzten Spalte geordnet)

	2005	2006	2007	2008	2009	
					Jan.	Juni
Der Anstieg der Preise	71 %	70 %	64 %	82 %	75 %	75 %
Der Anstieg der Arbeitslosigkeit	39 %	34 %	30 %	25 %	57 %	56 %
Armut und Verarmung der Mehrheit der Bevölkerung	53 %	51 %	52 %	45 %	42 %	46 %
Wirtschaftskrise, schlechter Zustand von Industrie und Landwirtschaft	33 %	29 %	28 %	29 %	48 %	45 %
Die abrupte Spaltung in Arme und Reiche, die ungerechte Verteilung der Einkünfte	27 %	30 %	32 %	35 %	28 %	28 %
Die Unerschwinglichkeit vieler medizinischer Dienstleistungen	29 %	31 %	32 %	31 %	26 %	27 %
Die Krise von Moral, Kultur und Sittlichkeit	22 %	24 %	28 %	26 %	24 %	26 %
Korruption und Bestechlichkeit	24 %	25 %	27 %	27 %	23 %	24 %
Der Anstieg der Drogensucht	29 %	29 %	25 %	29 %	19 %	21 %
Die zunehmenden Gebühren für Bildung, die Unerschwinglichkeit von Bildung	27 %	28 %	26 %	26 %	21 %	21 %
Die Verschmutzung der Umwelt	17 %	24 %	22 %	23 %	14 %	19 %
Die zunehmende Kriminalität	29 %	29 %	28 %	27 %	19 %	16 %
Übermacht und Willkür der Beamten	9 %	10 %	9 %	10 %	8 %	9 %
Verzögerungen bei der Auszahlung von Löhnen, Renten, Unterstützung usw.	4 %	5 %	3 %	4 %	10 %	9 %
Der Andrang von Fremden und Migranten	7 %	10 %	9 %	12 %	9 %	9 %
Die Schwäche der Staatsmacht	11 %	11 %	9 %	9 %	9 %	8 %
Grobheit und Brutalität von Milizionären (Polizisten)	6 %	8 %	9 %	9 %	7 %	7 %
Der zunehmende Nationalismus und die Verschlechterung der internationalen Beziehungen	4 %	10 %	7 %	5 %	6 %	6 %
Unmöglichkeit, im Lande Gerechtigkeit zu erreichen	5 %	6 %	8 %	7 %	5 %	5 %
Bedrohung durch Bombenattentate und andere terroristische Anschläge an Ihrem Wohnort	15 %	10 %	6 %	4 %	4 %	4 %
Anstieg der AIDS-Erkrankungen	6 %	5 %	8 %	7 %	6 %	4 %
Beschränkung der Bürgerrechte und demokratischen Freiheiten (Meinungs- und Pressefreiheit)	2 %	2 %	1 %	2 %	2 %	2 %
Terroristische Anschläge in Tschetschenien und im Nordkaukasus (2005 »Kriegshandlungen in Tschetschenien«)	7 %	4 %	4 %	2 %	3 %	2 %
Konflikte zwischen verschiedenen Zweigen der Staatsmacht auf verschiedenen Ebenen	3 %	2 %	2 %	2 %	3 %	2 %
Anderes	1 %	1 %	2 %	3 %	2 %	2 %
Keine Antwort	1 %	1 %	3 %	1 %	1 %	1 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt 11.–17. Juni 2009 <http://www.levada.ru/press/2009062302.html>

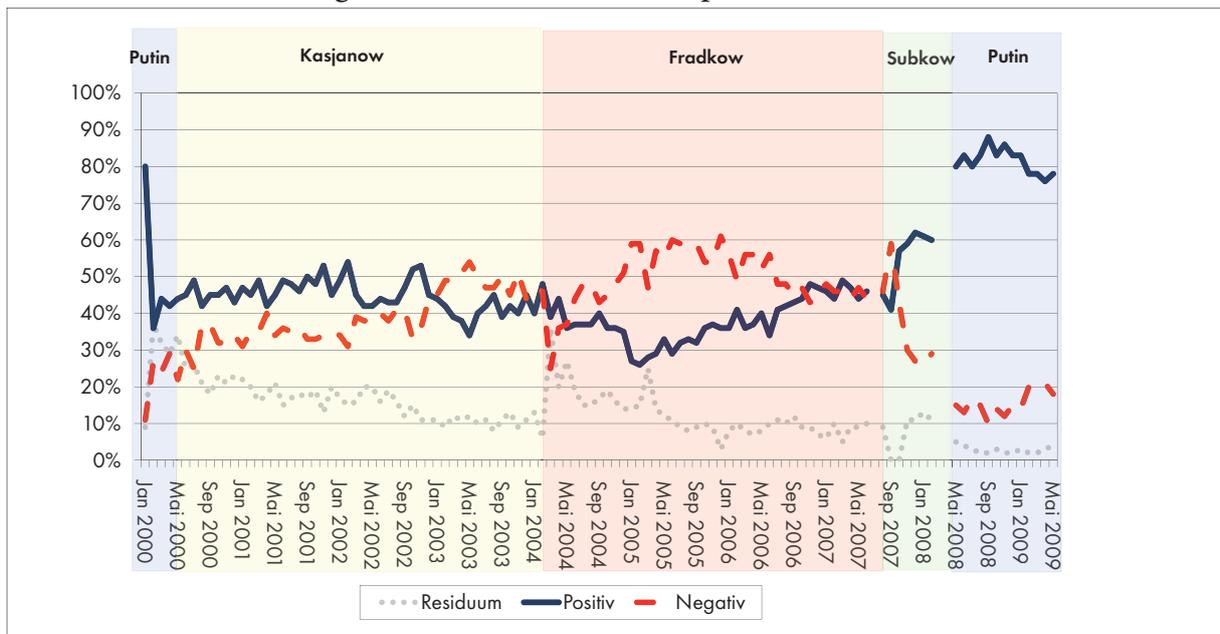
Ratings von Präsident, Ministerpräsident und Regierung

Wie bewerten Sie die Tätigkeit Putins/Medwedews als Präsident Russlands?



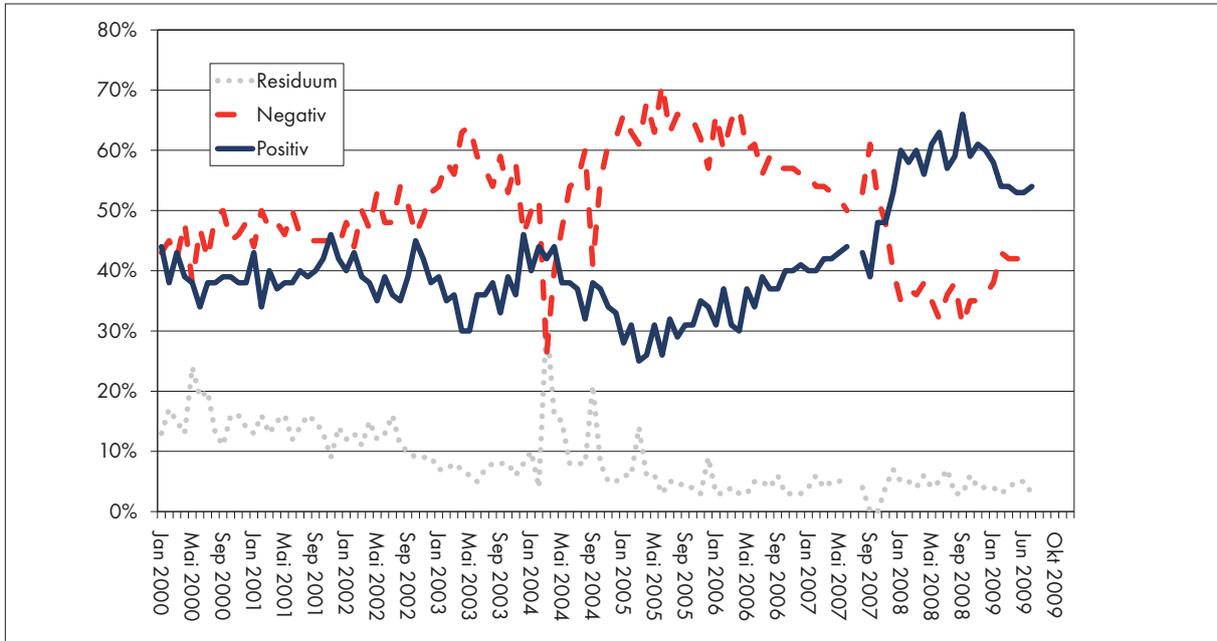
Quelle: <http://www.levada.ru/prezident.html>; <http://www.levada.ru/press/2008101604.html>

Wie bewerten Sie die Tätigkeit des russischen Ministerpräsidenten?



Quelle: <http://www.levada.ru/pravitelstvo.html>

Wie bewerten Sie die Tätigkeit der russische Regierung?



Quelle: <http://www.levada.ru./pravitelstvo.html>

Chronik

Vom 18. Juni bis zum 2. Juli 2009

18.6.2009	Michail Stawskij, der 17jährige Sohn eines der Vizepräsidenten des Mineralölkonzerns Rosneft, wird von seinen Kidnappern freigelassen.
19.–20.6.2009	Staatsbesuch von Präsident Dmitrij Medwedew in den Niederlanden.
20.6.2009	In Dagestan werden zwei Untergrundkämpfer bei einem Feuergefecht mit Sicherheitskräften getötet.
22.6.2009	In Nasran (Inguschetien) drängt sich ein Selbstmordattentäter mit seinem PKW in die Wagenkolonne des inguschetischen Präsidenten Junus-Bek Jewkurow und zündet eine Sprengladung. Der Präsident und zwei weitere Personen werden verletzt, der Fahrer und ein Polizist werden getötet.
22.–23.6.2009	Die Einwohner von Bogdanowitsch (Gebiet Swerdlowsk) blockieren die Straße Jekaterinburg–Tjumen aus Protest gegen die Einstellung von Gaslieferungen an die örtliche Porzellanfabrik.
22.–23.6.2009	Außenminister Sergej Lawrow nimmt an der OSCE Annual Security Review Conference 2009 teil und stellt programmatisch die russischen Vorstellungen über eine europäische Sicherheitsarchitektur vor (23.6.).
23.6.2009	Staatsbesuch von Präsident Dmitrij Medwedew in Ägypten. In einer Rede vor Vertretern der Arabischen Liga fordert er die Wiederaufnahme der israelisch-palästinensischen Verhandlungen und die Schaffung eines Palästinenserstaates mit Ostjerusalem als Hauptstadt.
23.6.2009	Das schwedische Möbelhaus IKEA erklärt, es werde wegen der massiven Korruption in Russland dort gegenwärtig keine weiteren Investitionen tätigen.
23.6.2009	Bei einer Razzia in den Wäldern des Bezirks Urus-Martan (Tschetschenien) werden fünf Polizisten durch eine Sprengfalle verletzt.
24.6.2009	An einer Landstraße in der Nähe des Orts Urus Martan (Tschetschenien) wird eine Bombe zur Explosion gebracht. Dabei wird ein Fahrzeug zerstört, zwei Personen werden getötet, eine wird verletzt.
24.6.2009	Staatsbesuch von Präsident Dmitrij Medwedew in Nigeria. Medwedew erörtert mit seinem nigerianischen Amtskollgen Umaru Yar'Adua bilaterale Fragen und Fragen des Weltenergiemarktes.
24.6.2009	In Karabulak (Inguschetien) wird ein Unteroffizier der Spezialpolizei OMON aus einem vorüberfahrenden Fahrzeug erschossen.
24.6.2009	Dmitrij Dowgij, ehemaliger Leiter der Hauptuntersuchungsabteilung des Untersuchungskomitees der Generalstaatsanwaltschaft, wird von einem Schwurgericht schuldig gesprochen und zu 9 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Medien und Verteidigung kritisieren, dass unmittelbar vor der Entscheidung eine Geschworene durch das Gericht ersetzt wurde. Sie hatte sich verspätet, nachdem die Polizei sie in einer Verkehrskontrolle gestoppt und 40 Minuten aufgehalten hatte.
24.6.2009	In der Nähe von Nasran (Inguschetien) werden drei Untergrundkämpfer in einem Feuergefecht getötet.
25.6.2009	Der Oberste Gerichtshof hebt das Urteil im Fall des Mordes an Anna Politkowskaja auf. Am 19.2. hatte das zuständige Bezirksgericht vier Beschuldigte wegen unzureichender Beweise freigesprochen.
25.6.2009	Die russische Antimonopolbehörde befindet den Erdölkonzern TNK-BP schuldig, seine Marktposition missbräuchlich genutzt zu haben, um Konkurrenten zu behindern.
25.6.2009	Vierter Parteitag von »Gerechtes Russland«.
25.6.2009	Staatsbesuch von Präsident Dmitrij Medwedew in Namibia
26.6.2009	Das Bezirksgericht von Krasnogorsk (Gebiet Moskau) verurteilt den Geschäftsmann Boris Beresowskij in Abwesenheit zu einer Haftstrafe von 13 Jahren für die Unterschlagung von 58 Mio. Rubel zu Lasten der Unternehmen AvtoVAZ und LogoVAZ.
26.6.2009	Bei den Neuwahlen zum Aufsichtsrat auf der Jahreshauptversammlung von Gazprom wird Industrieminister Viktor Christenko durch Energieminister Sergej Schmatko abgelöst. Ferner kommt Professor Walerij Musin als neues Mitglied hinzu. Musin ist Hochschullehrer an der juristischen Fakultät der Petersburger Staatsuniversität. Sowohl Putin als auch Medwedew haben bei ihm studiert.
26.6.2009	Staatsbesuch von Präsident Dmitrij Medwedew in Angola.

26.–27.6.2009	Treffen des NATO-Russland-Rates auf Außenministerebene auf Korfu.
29.6.2009	Staatsbesuch von Präsident Dmitrij Medwedew in Aserbeidschan. Treffen mit seinem aserbeidschani-schen Amtskollegen Ilham Alijew.
29.6.2009	Im Nordkaukasus beginnt die militärische Großübung »Kaukasus -2009«, an der Truppen des Wehrbezirks Nordkaukasus und in Abchasien und Südossetien stationierte russische Einheiten teilnehmen.
29.6.2009	In Tschetschenien wird der »Emir von Schali«, Abubakar Muslijew, im Rahmen einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte getötet.
30.6.2009	In Tschetschenien wird unweit des Ortes Elistanshi (Bezirk Wedeno) eine Kraftfahrzeugkolonne der Inneren Truppen von Untergrundkämpfern beschossen. Ein Soldat wird getötet.
1.7.2009	Jurij Lushkow, der Bürgermeister von Moskau, ernennt Oleg Mitwol, zum Präfekt des nördlichen Verwaltungsbezirks Moskaus. Mitwol hatte bis April 2009 bei Rosprirodnazor, der Staatlichen Umweltaufsichtsbehörde, gearbeitet und war durch eine Reihe spektakulärer Verfahren bekannt geworden, ehe der Minister für Bodenschätze, Jurij Trutnev, ihn entließ.
1.7.2009	In Russland tritt ein Glücksspielverbot in Kraft. Nur in vier Sonderzonen (Kaliningrad, Wladiwostok, Berg-Altaj und Rostow am Don) sind in Zukunft Spiele wie Roulette u. ä. gestattet.
1.7.2009	In Derbent (Dagestan) wird bei einem Feuerüberfall durch zwei Freischärler auf die örtliche Innenbehörden ein Polizist getötet, zwei weitere werden verwundet. Als Verstärkungen anrücken, zünden die Angreifer eine Autobombe, dabei werden 12 Personen verletzt.
1.7.2009	Die Visumpflicht zwischen Russland und Hongkong wird aufgehoben.
1.7.2009	AFP meldet, dass der tschetschenische Exilpolitiker Achmed Sakajew mit dem Präsidenten des tschetschenischen Parlaments Dukuwach Abdurachmanow in Norwegen Verhandlungen führt, was Abdurachmanow am nächsten Tag dementiert.
2.7.2009	Gegen einen in Südossetien stationierten russischen Soldaten, der am Vortag seine Einheit verlassen und die Grenze nach Georgien überquert hatte, wird ein Verfahren wegen Desertion eröffnet; Georgien erkennt ihn als Asylsuchenden an.
2.7.2009	Im Dorf Kantyschewo im Gebiet Nasran in der Republik Inguschetien werden zwei Freischärler von den Ordnungskräften getötet, zwei Mitarbeiter der Ordnungskräfte werden verletzt, von denen einer später seinen Verletzungen erliegt.

Die Russland-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Lesehinweis

Abstracts der Aufsätze in OSTEUROPA 6/2009 mit Russlandbezug

OSTEUROPA 6/2009 ist erschienen. Unter dem Titel »Glaubenssache. Kirche und Politik im Osten Europas« geht es auf 336 Seiten um die Renaissance des Religiösen und die Präsenz des Profanen, um die Beziehung von Staat und Kirche und um das Verhältnis von Orthodoxie und Menschenrechten. 19 Autoren aus acht Ländern werfen einen Blick in das tschechische Laboratorium der Säkularisierung, beleuchten die politische Rolle des Katholizismus in Polen sowie seine biopolitischen Positionen, analysieren den Kirchenkampf in der Ukraine und fragen nach den gesellschaftlichen Funktionen der Russischen Orthodoxen Kirche. Eine eigens für dieses Heft durchgeführte repräsentative Umfrage des Levada-Instituts bietet einen einzigartigen Einblick in die Bedeutung des Religiösen im heutigen Russland. Karten zu Religiosität und religiöser Praxis in 35 europäischen Staaten visualisieren Einheit und Vielfalt Europas in Glaubensfragen. Beiträge zu Häresien bei Gogol, Dostoevskij und Tolstoj sowie zu postmoderner Spiritualität in der russischen Neuen Musik runden den Band ab.

Das Heft kostet 22.00 Euro und ist zu bestellen unter: osteuropa@dgo-online.org

Der Band enthält folgende Beiträge mit Russlandbezug:

Thomas Bremer, Jennifer Wasmuth

Gott und die Welt

Kirche und Religion in Osteuropa

Die Religionsgemeinschaften in Ostmittel- und Osteuropa weisen Ähnlichkeiten auf. Sie hängen mit den vergleichbaren historischen Erfahrungen im Kommunismus zusammen. Nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft erwachte die Religion zu neuem Leben. Die gesellschaftliche Stellung der Kirchen veränderte sich. Überall spielen Religionsgemeinschaften eine Rolle bei der Herausbildung nationaler und staatlicher Identität. Die Grenzen ihres Einflusses bestimmt nicht nur die Frage, ob sie sich in einer Mehrheits- oder Minderheitssituation befinden. Auch ihre innere Verfassung und ihre Überzeugungen sind für die Position der Religionsgemeinschaften in der Gesellschaft und ihre Beziehung zur Politik von Bedeutung.

Detlef Pollack

Renaissance des Religiösen?

Erkenntnisse der Sozialforschung

In Ostmittel- und Osteuropa hat sich die individuelle und gesellschaftliche Stellung des Religiösen verändert. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus erfreuten sich Religiosität und Kirchlichkeit eines Aufschwungs. Dieser Trend ist in einigen Ländern beendet oder kehrt sich gar um. Die Bedeutung, welche die Menschen dem Glauben und religiösen Praktiken beimessen, unterscheidet sich nun von Land zu Land erheblich. Säkularisierung und Individualisierung spielen dabei eine wichtige Rolle.

Evert van der Zweerde

Permanente Asymmetrie

Kirche und Staat, Staat und Kirche

Nach einer säkularen Periode im 20. Jahrhundert spielt Religion in der Politik wieder eine wichtige Rolle. Das Verhältnis von Politik und Religion und von Staat und Kirche ist komplex und asymmetrisch. Die Spannung zwischen beiden Dimensionen und Institutionen lässt sich immer nur vorläufig lösen. Ein Sonderfall dieses Spannungsverhältnisses kommt in Grundprinzipien der ostkirchlichen politischen Theologie wie *Cäsaropapismus* und *symphonia* zum Ausdruck. Aus orthodoxer Sicht sind diese Prinzipien Gegensätze, beide aber schließen Gesellschaft als unabhängigen dritten Bereich zwischen Staat und Kirche aus und stehen damit im Gegensatz zur westlichen Tradition.

Alfons Brüning

Spannungsverhältnis

»Orthodoxe Werte« und Menschenrechte

Seit einigen Jahren diskutieren die orthodoxen Kirchen über die Menschenrechte. Offizielle Dokumente oder Stellungnahmen führender Kirchenvertreter lösen bei westlichen Beobachtern mitunter Irritationen aus. Bei genauer Betrachtung der soziologischen, historischen und theologischen Hintergründe lösen sich die scheinbar so harten Ost-West-Gegensätze auf. Die orthodoxen Kirchen haben noch keinen festen Standpunkt, aber sehr wohl das Potential zu einer fundierten eigenständigen Position zu den Menschenrechten.

Vasilios N. Makrides

Orthodoxe Kirchen und Europa

Positionen zur europäischen Integration

Mit Griechenland, Bulgarien, Rumänien und Zypern nehmen vier orthodoxe Länder an der europäischen Integration teil. Dies stellt eine Herausforderung für die orthodoxen Kirchen dar. Den westeuropäischen Entwicklungsweg lehnten sie kategorisch ab. Nun ist Bewegung ins orthodoxe Lager gekommen. Idealtypisch lassen sich drei Strömungen unterscheiden. Die meisten offiziellen Kirchen bejahen die EU unter Vorbehalt; orthodoxe Denker knüpfen an die Slawophilen an und halten die europäische Integration für inkompatibel mit orthodoxem Denken; orthodoxe Fundamentalisten und Rigoristen diffamieren Europa, die EU und den Westen heftig.

Natal'ja Kočan

Kirchenkampf

Politik und Religion in der Ukraine

Die Ukraine ist ein kirchenpolitischer Flickenteppich. Drei orthodoxe Kirchen sowie eine griechisch-katholische konkurrieren seit der Unabhängigkeit des ostslawischen Staates um den Status einer Nationalkirche. Zudem entzündeten sich immer wieder interkonfessionelle Konflikte an der Eigentumsfrage. All dies macht die Kirchen anfällig für politische Instrumentalisierung und entfremdet sie von den Gläubigen. Positiv ist jedoch, dass die Pluralität der Kirchen die Entstehung einer orthodoxen Staatskirche nach russischem Vorbild verhinderte.

Lilija Bereznaja

Der Kiewer Kirchenstreit

»Erinnerungsorte« der Konfessionen

Kiews Heiligtümer prägen die Geschichte der Ukraine und Russlands. Die Kirchen in der Ukraine beanspruchen Kathedralen, Orte oder Personen kirchlicher Erinnerung für sich. Jede Konfession bezeichnet sich als »kanonische« oder »nationale« Kirche, um die Legitimität des eigenen Anspruchs zu erhöhen. Diese Konflikte sind mehr als ein Streit zwischen Kirchen. Es geht um das historische Gedächtnis der Ukraine.

Veniamin V. Simonov (Igumen Filipp)

Religion und Religiosität in Russland

»Da stand die Sonne still und der Mond blieb stehen«

Eine repräsentative Umfrage des *Levada-Instituts* zu Kirche und Glauben in Russland bietet unbekanntes Einblicke in das religiöse Leben der Gläubigen. Sie geben Auskunft über ihre Werte, ihren Umgang mit den Sakramenten und Dogmen und ihre religiösen Praktiken. Die Kirche agiert frei und die Menschen können ihren Glauben leben. Aber die Herausbildung der religiösen Weltanschauung ist nicht abgeschlossen. Gläubige haben zentrale Glaubenssätze nicht verinnerlicht. Glaube geht einher mit abergläubischen Praktiken. Weder die Gläubigen noch die Kirche nutzen das religiöse Potential in Russland.

Gerd Stricker

Märtyrer und Heilige

Die Kanonisierung Nikolajs II. – ein Lehrstück

Im Moskauer und im Russischen Reich war das Verhältnis *Staat – Kirche* durch das byzantinische Modell der *Symphonia* bestimmt, wonach Kaiser und Patriarch in ihrer Würde ebenbürtig und beide Lebenssphären engstens verflochten waren. Unter den orthodoxen Heiligen sind viele Herrscher wie der hl. Fürst Aleksandr Nevskij, die aus politischen Gründen kanonisiert wurden. Im Jahr 2000 kanonisierte das Moskauer Patriarchat den letzten Zaren, Nikolaj II., sowie Hunderte Märtyrer des Sowjetregimes. Auch diese Entscheidung ist nicht frei von politischen Motiven.

Joachim Willems

Kirche und Armee

Religion und Politik in Russland

Die Beziehung von Religionsgemeinschaften und Militär ist exemplarisch für das Verhältnis von Religion und Politik. Dies gilt auch für Russland. Die Haltung der *Russischen Orthodoxen Kirche* zu Krieg und Militär ist ambivalent. Einerseits verurteilt sie den Krieg kategorisch. Andererseits stellt sie sich in die Tradition der kirchlichen Lehre vom *Gerechten Krieg*, wonach der Krieg unter bestimmten Voraussetzungen legitim und unvermeidbar sei. Die Kirche hat Militärsorge aufgebaut. Einige kirchliche Strömungen reden einer Symbiose von Kirche und Armee das Wort. Doch sie sind nicht repräsentativ. Die Kirche unterstützt den Staat. Ihr realer Einfluss auf die Politik ist äußerst gering.

Regina Elsner

(Des)Organisierte Nächstenliebe

Kirchliche Sozialarbeit in Russland

Der Umbruch in Russland nach 1991 führte zu gravierenden sozialen Problemen, die bis heute bestehen. Das staatliche Sozialsystem ist nicht in der Lage, sie zu lösen. Zahlreiche nichtstaatliche Organisationen versuchen, das Vakuum im sozialen Bereich zu füllen. Die Kirchen spielen eine wichtige Rolle. Die Russische Orthodoxe Kirche hat großen gesellschaftlichen und politischen Einfluss, aber wenig Erfahrung in sozialer Arbeit, es fehlt an System und Struktur. Die römisch-katholische Kirche dagegen ist in der sozialen Arbeit strukturiert und professionell, kämpft aber mit ihrer Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern und ihrer unsicheren Position auf russländischem Terrain.

Ulrich Schmid

Das religiöse Amt des Schriftstellers

Häresien bei Gogol', Dostoevskij und Tolstoj

Die russischen Autoren des 19. Jahrhunderts zeichnen sich durch einen starken sozialkritischen Impetus aus. Viele literarische Gesellschaftsentwürfe sind religiös unterfüttert, empfehlen aber unorthodoxe Wege für die Vervollkommnung der Volksgemeinschaft: Gogol' predigt Askese und Selbstkasteiung, Dostoevskij fordert die Verbrüderung aller Menschen unter russischer Ägide, Tolstoj lehnt jede Hierarchie ab und will das Böse durch einen radikalen Pazifismus ausmerzen. Diese religiösen Programme bergen verschiedene konfessionelle Affinitäten: Gogol' nähert sich in seiner Betonung der Apokalypse dem Katholizismus an, Dostoevskijs Furor weist Parallelen zum Protestantismus auf, Tolstoj's Ablehnung eines personalen Gottes und sein Quietismus deuten auf eine geistige Nähe zum Buddhismus.

Dorothea Redepenning

Musica sacra russica

Orthodoxe Bindung und postmoderne Spiritualität

Ende des 19. Jahrhunderts erlebte die orthodoxe Kirchenmusik eine international sichtbare Blüte. In der atheistischen Sowjetunion konnte von religiöser Musik keine Rede sein; dennoch entstanden, zumal seit den späten 1960er Jahren, vermehrt Instrumentalkompositionen, die sich über ihre Titel, über melodische Zitate oder verschwiegene Programme als religiös inspiriert ausweisen. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist ein regelrechter Modetrend religiös inspirierter Kompositionen entstanden.

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de